Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für Halle-Merseburg mit der illustrierten Internationalen Arbeiter-Zeitung „Sichel u. Hammer"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachm., außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus für Mona August 2,60 Mark; durch die Post bezogen 2,85 Mark ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Herausgeber: Otto Kilian

Anzeigenpreis: 9 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 38 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Frik Kroß, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | **Montag, den 18. August 1924** | **4. Jahrgang • Nr. 141**

Das zweite Versailles unterzeichnet!

(Eig. Drahtm.) London, 17. August.

Die Konferenz ist am Samstagabend 9 Uhr unter einem Schwall von Phrasen über die „Gleichberechtigung der Nationen" und das „vertrauensvolle Verhältnis der Völker zueinander" von Macdonald geschlossen worden. Die Beschlüsse werden jedoch erst am 30. August unterzeichnet werden, nachdem das deutsche und das französische Parlament ihre Zustimmung gegeben haben.

Die deutsche Delegation hat sich den Forderungen der Alliierten bedingungslos unterworfen. Das Ruhrgebiet wird nicht vor Ablauf eines Jahres militärisch geräumt, und zwar nur dann, wenn die aus dem Sachverständigenplan und den Beschlüssen der Londoner Konferenz sich ergebenden Verpflichtungen von Deutschland restlos erfüllt werden. Erst nachdem die deutsche Delegation sich diesem Diktat gefügt hatte, erklärten Herriot und Theunis in einem Schreiben an den Reichskanzler Marx sich bereit, die zur Sicherung der Ruhraktion vorgeschobenen Truppenteile in der Zone Dortmund—Hörde, in den sogenannten Flaschenhälsen (Gebiete zwischen den rechtsrheinischen Brückenköpfen), im Abschnitt um die rechtsrheinische englische Zone (Bohwinkel), in den Häfen Emmerich, Wesel, Mannheim und in den Gebieten von Karlsruhe einschließlich Leopoldshafen, Appenweier und Offenburg zurückzuziehen. Die Anordnung dazu erfolgt am Tage nach der endgültigen Unterzeichnung der Londoner Vereinbarungen. Der Rückmarsch selbst ist an das Tempo der wirtschaftlichen Räumung dieser Gebiete gebunden.

Gemäß den Bestimmungen des Dawes-Plans über die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands werden die wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen abgebaut (Binnenzollinie, Micum, Eisenbahnregie). Die Tragweite der etappenweisen wirtschaftlichen Räumung wird man erst beurteilen können, wenn die Einzelheiten der Londoner Beschlüsse bekannt sind.

(Eig. Drahtm.). London, 17. August.

Außer dem Schlußprotokoll wurden noch mehrere Anlagen unterzeichnet. In der einen Anlage erklärt sich Deutschland bereit, Abänderungen des Dawes-Planes sowie Zusatzabkommen zuzustimmen. Die deutsche Reichsbahn soll am 20. September von der internationalen Privat-Eisenbahn-Gesellschaft übernommen werden.

(Eig. Drahtm.) Berlin, 18. August.

Die Reichsregierung läßt durch das Wolffsche Telegraphenbureau Meldungen über das Londoner Ergebnis verbreiten, die durch gewollte Unklarheit und Verdrehung der Tatsachen „Erfolge" der deutschen Delegation vortäuschen sollen. Die Regierung sucht den Eindruck zu erwecken, als ob sie in „hartem Kampf" einen Anfang der militärischen Räumung (Dortmund-Hörde usw.) erzielt und nicht ein Gnadengeschenk von den Alliierten für ihre Willfährigkeit erhalten habe. Obwohl die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftshoheit im besetzten Gebiet im Dawes-Plan gefordert ist, sucht die Regierung aus den darauf sich beziehenden Londoner Vereinbarungen ebenfalls einen großen Erfolg für sich zu machen. Das ist ein Bluff. Wahr ist, daß Marx nur im Rahmen des Gutachtens und der Ansichten der Alliierten einige belanglose Zugeständnisse erhalten und im übrigen eine Verhandlungskomödie aufgeführt hat.

•

Das Spiel ist zu Ende, der Sklavenpakt geschlossen.

Die deutsche Regierung hat den Vertrag unterzeichnet, der die mitteleuropäische Großmacht Deutschland zu einer Kolonie der internationalen Finanziers degradiert. Der Weg zu „Freiheit und Frieden", wie es die Sozialdemokraten und Reichskanzler Marx zu nennen belieben, ist jetzt frei.

Die „Freiheit":

das ist die Freiheit für das ausländische Kapital, für die Morgan und Loucheur und wie sie sonst heißen mögen, Deutschland in ihr Eigentum zu verwandeln, die Hand auf Deutschlands Eisenbahnen und Rohstoffquellen zu legen, die deutsche Arbeiterklasse in ein Volk weißer Kulis zu verwandeln.

Es ist die Freiheit für die deutsche Bourgeoisie, als Sklavenaufseher der ausländischen Herren Deutschlands, die deutschen Proleten bei zwölfstündiger Arbeitszeit langsam aber sicher verhungern zu lassen.

Es ist die Freiheit für 20 Millionen deutscher Arbeiter, als Opfer imperialistischer „Friedenspolitik" auf den großen Friedhof zu wandern, auf dem schon ebensoviele Opfer der imperialistischen Kriegspolitik modern.

Und der „Friede":

das ist die wilde Jagd der imperialistischen Räuber um die deutsche Beute. Das sind die ungeheuerlichen Wettrüstungen der Ausbeuter auf der ganzen Welt, das ist der neue Weltkrieg, der sich durch die Ereignisse auf dem Balkan, in Afrika und Vorderasien schon ankündigt.

Die deutsche Regierung unterschreibt. Sie hat es so eilig, die werktätigen Massen des deutschen Volkes den Profithyänen auf dem ganzen Erdball preiszugeben, daß, wie die „DAZ." berichtet, der Reichskanzler Marx Samstag nacht aufstand und Herriot aus dem Bette holte, um möglichst schnell zu unterzeichnen. Worauf Herriot nicht ohne Ironie sagte: „Ich wußte ja, daß die Deutschen unterzeichnen werden, aber daß sie es so eilig haben, wußte ich nicht."

Ja, Herriot wußte, daß die Stresemänner unterzeichnen werden. Und ihr Zögern war nichts anderes als eine Verhüllung des fürchterlichen Verrats, den sie an dem werktätigen deutschen Volk vollzogen haben.

•

Soll nun die teuflische Absicht der in London versammelten Räuber Wirklichkeit werden? Soll wirklich ein Volk in den Abgrund stürzen, nur weil die deutschen und ausländischen Kapitalisten neue Gewinne machen möchten?

Noch ist nichts verloren,

noch besteht sehr wohl die Möglichkeit, den eisernen Ring, der sich um die Gelenke des Proletariats legen soll, zu zersprengen, aber höchste Zeit ist es. Schon rüsten sich, wie die Meldungen zeigen, die Kapitalisten zur Realisierung ihrer Pläne. Sie bedeuten neuen Hunger, mehr Elend und Not bis zum jämmerlichen Krepieren von Millionen und aber Millionen Werktätiger zu Nutz und Frommen und Schwelgen und Prassen des internationalen Kapitals.

Aber die Marx und Luther und Stresemann, die jetzt nach vollbrachtem Verkauf nach Berlin zurückkehren, mögen sich sagen lassen:

Die deutsche Arbeiterschaft läuft Sturm wider den Hochverrat der Reichsregierung!

Die deutsche Arbeiterschaft wird sich nicht zu chinesischen Kulis machen lassen!

London ist das Alarmsignal, das alle Proleten aufrüttelt. Sammelt, mobilisiert Eure Kräfte. Kämpft gegen Eure Expropriateure!

Ueberall, in jedem Betrieb und Kontor, überall, wo Arbeiter unter der Peitsche ihrer Ausbeuter seufzen, wird sich millionenfach der Ruf erheben:

Nieder mit dem neuen, schlimmeren Versailles!

Fort mit der Regierung, die Deutschland verschachert hat!

Kampf um die Diktatur des Proletariats und Bündnis mit Sowjet-Rußland!

General Dawes und sein Bericht

Von Harrison George (USA.)

(Schluß.)

Dawes exportiert die „Open Shop"-Bewegung

Wir haben Dawes als den amerikanischen „Open Shop"-Helden charakterisiert. Mit dem Sachverständigengutachten wird Dawes der internationale „Open Shop"-Held. Der Dawes-Bericht, der in der geschickten und tückischen Sprache der Finanzleute abgefaßt ist, ist ein **Sklavenvertrag, durch den in erster Linie die deutschen Arbeiter, in zweiter Linie die Arbeiter von ganz Europa an die Morgan-Banken ausgeliefert werden.**

Der Bericht sagt selbst: „Reparationen können ins Ausland nur mit Hilfe eines Ueberschusses in der Wirtschaft des betreffenden Landes bezahlt werden." Um einen solchen Ueberschuß zu erreichen, sind zwei Wege möglich: Erstens: die deutschen Arbeiter müßten mehr produzieren und weniger konsumieren, also die Löhne müßten noch mehr herabgedrückt werden, oder zweitens: falls der erste Weg nicht zum Ziel führt, muß das deutsche Kapital die Reparationsrechnung aus seinen Profiten zahlen.

Aus den Abmachungen und Vereinbarungen zwischen den deutschen Kapitalisten einerseits und der Ebert-Marx-Regierung sowie den verräterischer sozialdemokratischen Führern andererseits geht klar hervor, wie man den Dawes-Bericht anwenden wird. In derselben Zeit, als das Sachverständigengutachten bekannt zu werden begann, erklärte der Präsident des deutschen Industriellenbundes, Kurt O. Sorge, namens des deutschen Kapitalismus, dem Dawes-Plan zuzustimmen, falls die Regierung des Herr Ebert sieben Punkte durchführen werde, und zwar im wesentlichen:

1. **Die Zerstörung der politischen Macht der Gewerkschaften;**
2. **Schluß mit den Verhandlungen der Regierung mit den Gewerkschaften;**
3. **Aufgabe des Achtstundentages;**
4. **Verhinderung der Einheitsfront der Gewerkschaften gegen die kapitalistische Offensive;**
5. **Zulassung der Schiedsgerichtsbarkeit in Lohnstreitigkeiten, nur wenn die Unternehmer es wünschen;**
6. **alle staatlichen Betriebe müssen dem Privatkapital übergeben werden;**
7. **alle in Deutschland konsumierten Waren sind mit hohem Zoll zu belegen.**

Die verräterischen sozialdemokratischen Führer willigten ein. Und noch bevor der Dawes-Bericht wirksam wurde, begann die Offensive der deutschen Unternehmer und der Versuch, den Bergarbeitern den Zehnstundentag aufzuzwingen. Die deutschen sozialdemokratischen Führer, die sich wiederum als Judas gegenüber der Arbeiterklasse erwiesen, verrieten den gewaltigen Kampf der Ruhrbergarbeiter.

Der Bericht von Dawes sieht alle Maßnahmen voraus, um die Reparationen aus dem Blut der deutschen Arbeiter herauszupressen.

Dawes sagt: „Lohnerhöhungen sind gegenwärtig in Deutschland nicht zu erwarten." Auch kündigt er an, daß den Arbeitslosen jede Unterstützung entzogen und daß der größte Teil der Eisenbahnangestellten abgebaut werden soll. Wo es sich aber darum handelt, dem deutschen Kapital ein stärkeres Opfer zuzumuten, sagt Dawes: „Es ist die Sache Deutschlands, darüber zu entscheiden." Also, es ist die Sache der deutschen Kapitalisten, darüber zu entscheiden, ob sie sich besteuern wollen oder nicht.

Was den Lebensstandard betrifft, so sagt Dawes: „Der Betrag des Lebensminimums kann nicht genau bestimmt werden, er variiert in verschiedenen Gebieten und zu verschiedenen Zeiten in demselben Land . . .", womit wiederum **den deutschen Ausbeutern freie Bahn** sowie die Weisung gegeben wird, die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter auf die der Kulis hinabzudrücken.

Wirkungen der deutschen Sklaverei

Das Problem der deutschen Machthaber samt Ebert und den sozialdemokratischen Führern ist dies: aus den deutschen Arbeitern einen solchen Ueberschuß herauszupressen, daß damit nicht nur die deutschen kapitalistischen Räuber befriedigt, sondern auch die Summen, die in dem Dawes-Bericht aufgezählt werden und mit einer Milliarde Goldmark im ersten Jahre beginnen, um dann jährlich zu wachsen, bereitgestellt und abgeführt werden können.

Eine proletarische Revolution in Deutschland ist nicht nur für die versklaven deutschen Arbeiter, sondern auch für die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240818-11/fragment/page=0001

englischen, französischen und amerikanischen Arbeiter die einzige Hoffnung.

Die ungeheuren Summen können kaum in Gütern, geschweige in Geld gezahlt werden. Dabei ist die Lage die, daß ganz Westeuropa und Amerika für ihre volle Produktion keine Absatzmärkte finden können. Diese Sachlage ist keine vorübergehende, sondern eine trotz der möglichen Schwankungen ständig andauernde. Was wird nun die Wirkung für die englischen und amerikanischen Arbeiter sein, wenn das Dumping der Reparationsgüter und Waren, die durch die deutsche Sklavenarbeit erzeugt werden, auf dem Weltmarkt einsetzt?

Diese „beste Lösung", die der Kapitalismus bieten kann, bedeutet den furchtbaren Ansturm des „Open Shop"-Feldzuges der Morgan und damit der deutschen Regierung gegen die deutsche Arbeiterschaft, zugleich die Lähmung des kämpfenden Armes des Proletariats, der deutschen Kommunistischen Partei. Zugleich bedeutet es aber auch die Erneuerung des Feldzuges von Dawes für die „Freie Werkstatt" in Amerika, in England, in Frankreich usw.

Die kommenden Ereignisse werfen ihre Schatten voraus, wie dies die Stimme der Wall Street, die „Commercial and Financial Cronicle", in folgenden Worten sagt:

„Es ist darauf hingewiesen worden, daß, wenn der Plan von Dawes angenommen und die Industrie Europas infolge des Wiederaufbaues des Vertrauens einen Aufschwung nehmen wird, Europa durch viel geringere Produktionskosten, als sie in den Vereinigten Staaten gegeben sind, begünstigt sein wird . . . Wenn die amerikanischen Arbeiter der Situation nicht durch kluge Ergebung in herabgesetzte Löhne gewachsen sein werden, werden sie unter einer verringerten Nachfrage nach ihren Diensten zu leiden haben."

Dies ist klar: die Durchführung des Dawes-Planes bedeutet für die Arbeiter Amerikas, Englands und Frankreichs Anpassung an die Sklaverei der deutschen Arbeiter oder — Arbeitslosigkeit in ungeheurem Maße. Hand in Hand damit wird unter Führung des faszistischen „Open Shop"-Helden General Dawes ein Weltangriff auf die Gewerkschaften stattfinden. Und das einzige Hilfsmittel, die einzige Rettung wird die internationale Solidarität der Gewerkschaften unter dem Banner der RGI. und — die proletarische Revolution in Deutschland sein.

Die Sozialdemokratie und die Leipziger Lynchjustiz

Bei dem Leipziger Urteil hat als Laienrichter des Staatsgerichtshofs der Magdeburger Sozialdemokrat und Metallarbeiter Alwin Brandes mitgewirkt. Brandes war einst ein Revolutionär, der wiederholt selbst unter der Klassenjustiz zu leiden hatte und oft von der Magdeburger Arbeiterschaft gegen die Verfolgungen in Schutz genommen werden mußte. Jetzt aber wirkt er bei den Zuchthausurteilen der Niedner-Justiz frisch und fröhlich mit.

Die gesamte sozialdemokratische Presse ergeht sich in verlogenen Redensarten, daß die Zuchthausurteile doch etwas zu hoch seien. Das Leipziger Urteil hat nach Ansicht der gesamten sozialdemokratischen Presse zu wenig Arbeiter dem Foltertode der deutschen Gefängnisse und Zuchthäuser ausgeliefert. Die Sozialdemokraten verlangen, daß weitere Prozesse folgen. Die „Drahtzieher", die leitenden kommunistischen Funktionäre, sollen der Staatsanwaltschaft ausgeliefert werden.

Besonders ergeht sich Paul Levi, der Renegat, in Beschimpfungen Sowjet-Rußlands und der Kommunistischen Partei. In der sozialdemokratischen Chemnitzer „Volksstimme" schreibt er:

„Nicht die KPD., aber ein gewisser Kreis, der mit der KPD. in engstem Zusammenhange steht, und der unter der unmittelbaren Autorität der Kommunistischen Internationale arbeitet, hat in Deutschland Dynamit, Handgranaten und andere Dinge herstellen lassen. Wenn dagegen die Staatsgewalt sich zur Wehr setzt, so dürfen die, die diese Maßnahmen in Szene gesetzt haben, sich nicht darüber wundern. Daß dagegen der Staat sich wehrt, ist absolut selbstverständlich, und selbst, wenn man tausendmal sagt, daß das der kapitalistische Staat ist, so muß man doch anerkennen, daß selbst der kapitalistische Staat auch den Arbeitern eine größere Garantie gegen den Mißbrauch von Dynamit und Cholerabazillen gibt als ein kleiner unbekannter Kreis, der sich zusammensetzt aus Polizeispitzeln, bezahlten Lumpen, dummen Teufeln und Abgesandten außerdeutscher Gewalten."

*

Herr Levi bezeichnet revolutionäre Arbeiter als dumme Teufel, die sich mißbrauchen lassen. Mittlerweile ist er, wie die übrige Sozialdemokratie, beim Nationalismus angelangt. Von dem Gewinsel über die Diktatur der Moskauer Knute bis zum Geschrei über die außerdeutschen Abgesandten ist kein Schritt großer Weg. Aber auch er beteiligt sich an der Hetze gegen die leitenden kommunistischen Funktionäre. Levi und die gesamte Sozialdemokratie wollen im Interesse der Bourgeoisie die Arbeiterschaft ideologisch vorbereiten auf den Monstre-Prozeß, der gegen die Kommunistische Partei von Voigt und Niedner eingeleitet wird.

Wir erinnern an die Sitzung zwischen Jarres und Severing, wo der Severing ein Verbot der Kommunistischen Partei vorschlug. Jarres lehnte damals ab, und erklärte, er würde die Kommunistische Partei nicht verbieten, sondern durch Zeitungsverbote, Justizurteile, Schutzhaft unterdrücken. Er verspracch sich von diesen Maßnahmen bessere Wirkung als von einem neuen Sozialistengesetz.

Severing und die Sozialdemokraten haben sich zu den Jarres-Methoden bekehrt. Sie machen den Tschekа-Schwindel und die Hetze gegen die kommunistischen Funktionäre mit. So unterstützen sie ideologisch den Kampf der Bourgeoisie, wie das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold den militärischen Kampf und die Niedermetzelung der revolutionären Arbeiter gemeinsam mit den schwarzweißroten Faszisten-Organisationen durchführen will.

Der Verfall der SPD.

40 Prozent Mitgliederschwund

Die „SPD.-Mitteilungen für den Bezirksverband Berlin" entfalten folgende Statistik über die Mitgliederbewegung im Geschäftsjahr 1923/24:

Am 1. April 1923 hatte der Bezirk Berlin 57 189 Mitglieder, am 1. Juli 55 812, am 1. Oktober 50 578, am 1. Januar 1924 42 925 und am 1. April 1924 34 372. Die SPD. Berlin hat in einem Jahre 22 817 Mitglieder verloren, das sind etwa 40 Prozent.

*

Während Severing verkünden läßt, daß die KPD. am Zerfallen ist, was ihn aber nicht hindert, den blutigen Terror gegen sie anzuwenden, schreitet der Verwesungsprozeß in der SPD. immer weiter fort, weil die Proletarier immer mehr erkennen, daß sie nicht hineingehören in die Partei, die auf dem Wege ist, die Faszisten in ihrer Offensive gegen die Arbeiterschaft ablöst.

Das Londoner Diktat

Stimmungsmache der bürgerlichen Presse

Die Abbruchkomödie, die in den letzten Tagen von der Presse als Spießerschreck sensationell aufgemacht worden war, tut jetzt die beabsichtigte Wirkung. Die Presselakaien der Bourgeoisie weisen darauf hin, wie gut es doch gewesen sei, daß man durch ein „Kompromiß" — so nennen sie das Londoner Diktat der Ententekapitalisten — ein positives Ergebnis erzielt habe. Zwar sei nicht alles zufriedenstellend gewesen, aber man habe doch allerlei erreicht und jedenfalls das Gutachten gerettet. Nach dem Rezept des Wolff-Bureaus bauschen sie Kleinigkeiten auf, um für die kommenden parlamentarischen Verhandlungen eine dem „Kompromiß" günstige „öffentliche Meinung" vorzubereiten. Unter diesem Gesichtswinkel sind die folgenden Pressestimmen aufzufassen:

„Acht-Uhr-Abendblatt":

„Seien wir bescheiden und froh darüber, daß wenigstens die französisch-belgischen Eisenbahner aus dem besetzten Gebiete verschwinden, daß die deutsche Justiz- und Verwaltungshoheit dort von deutschen Beamten hinfort wieder vertreten sein wird, daß die Besatzungsmethoden gemildert werden müssen, weil das fremde Militär hinfort unter der Kontrolle der verschiedenen Kontrollinstanzen sein wird. Es wird hoffentlich gelingen, alle diese Bestimmungen und jene weiteren, die sich auf die sogenannten Flaschenhälse sowie Düsseldorf und Duisburg beziehen, in das allgemeine Konferenzprotokoll hineinzubringen, so daß auch sie von den Unterschriften sämtlicher Konferenzteilnehmer gedeckt werden."

„Neue Leipziger Zeitung":

„Wenn auch nicht alle Hoffnungen, die an die Londoner Konferenz geknüpft waren, erfüllt worden sind, und wenn insbesondere die Räumungsfrist — dank des englisch-amerikanischen Eingreifens zugunsten Frankreichs — nicht weiter herabgesetzt werden konnte, darf trotzdem das wirklich Erreichte nicht unterschätzt werden."

„Vossische Zeitung":

„Auch daran sei erinnert, daß zu der Zeit, als das Dawes-Gutachten von Deutschland angenommen wurde, Herr Poincaré noch französischer Ministerpräsident war. Die Verfasser des Gutachtens haben sich ängstlich gehütet, die Frage der militärischen Räumung auch nur anzuschneiden, weil man wußte, daß Poincaré jede Diskussion darüber zum Vorwand nehmen würde, um den ganzen Plan scheitern zu lassen. An diese Tatsache ist aus gutem Grund während der Londoner Verhandlungen nicht erinnert worden. Jetzt, nachdem alles entschieden ist, kann man doch wohl sagen, daß die feierliche Zusicherung einer Maximal-Räumungsfrist ein Ergebnis ist, an das man noch im Mai nicht zu glauben gewagt hätte."

„Berliner Tageblatt":

„Alles in allem: die Londoner Konferenz hat den Deutschen wirtschaftliche Erfolge von nicht geringer Bedeutung gebracht. Das Rechtsgefühl aber ist von neuem erschüttert. Denn die militärische Sanktion der Franzosen ist, indirekt, von den anderen Gläubigerstaaten gutgeheißen worden."

„Leipziger Neueste Nachrichten":

„Im großen und ganzen läßt sich die Lage, wie sie sich augenblicklich zeigt, dahin zusammenfassen, daß wir neben den leidlichen Bedingungen auf handelspolitischem Gebiet auch unsere Ehrenfragen bezüglich der Rückkehr der Ausgewiesenen, der Freilassung aller Gefangenen in einem Sinne durchsetzen, der als einigermaßen erträglich bezeichnet werden kann."

Diese Melodie der bürgerlichen Mittelpresse wird in den nächsten Tagen noch verstärkt werden, wenn die Deutschnationalen versuchen, mit Hilfe einer Scheinopposition gegen die Regierung Marx selbst in die Regierung zu gelangen.

Auslegung der Anleihe erst im Februar?

TU. London, 16. August.

Wie die „Telegraphen-Union" erfährt, ist auch bei günstigem Verlauf der Londoner Verhandlungen nicht zu erwarten, daß die Reparationsanleihe auf der Grundlage des Sachverständigengutachtens bereits in den nächsten Tagen effektuiert wird. Man rechnet in gut unterrichteten Kreisen damit, daß der Abschluß der Verhandlungen mit der Bankwelt noch einige Monate in Anspruch nehmen wird, so daß nicht vor dem Februar mit der Auflegung der Anleihe zu rechnen ist.

*

Da gleichzeitig prominente Amerikaner die Aussichten der deutschen Anleihe als günstig bezeichnen, scheint es sich dabei um eine Zweckmeldung zu handeln, und zwar um eine Zweckmeldung deutscher schwerindustrieller Kreise (die Telegraphen-Union ist bekanntlich ein Stinnes-Unternehmen). Da die 800-Millionen-Anleihe vor allem zur Bezahlung der von der deutschen Industrie zu leistenden Sachlieferungen dient, die bis jetzt durch das Micumsystem geregelt wurden, ist die deutsche Schwerindustrie an der raschen Unterbringung der Anleihe äußerst interessiert und will durch solche Versuchsballons, wie obige Meldung, die englischen und amerikanischen Bankiers zu einer Erklärung über die Anleihefrage veranlassen.

Kommunistischer Reichstagsprotest gegen die Sanzustände in der deutschen Republik

Ein Mitglied unserer kommunistischen Fraktion im Reichstag brachte beim Präsidenten des Reichstages folgenden Antrag ein:

Berlin, den 15. August 1924.

An den

Herrn Präsidenten des Reichstages

Hier.

Im Auftrage der kommunistischen Fraktion des Reichstages, insbesondere der kommunistischen Mitglieder des Aeltestenrates, beantrage ich die sofortige Einberufung des Aeltestenrates mit dem Ziele einer ebenfalls sofortigen Einberufung des Reichstages aus folgenden vier Gründen:

1. Die bayrische Regierung lehnt es ab, die Beschlüsse des Reichstages auf Aufhebung der Parteiverbote durchzuführen, verhaftet und mißhandelt vielmehr trotz der Reichstagsbeschlüsse Mitglieder der Kommunistischen Partei lediglich wegen Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei.

2. Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik fällt fast Tag für Tag Zuchthausurteile von 6 bis 8 Jahren gegen kommunistische Arbeiter lediglich wegen Beschaffung oder Waffenbesitzes, Delikte, deretwegen monarchistische Täter überhaupt nicht angeklagt, geschweige denn bestraft werden. Der Vorsitzende des Staatsgerichtshofes Dr. Niedner hetzt bewußt das Recht, beschimpft die Kommunistische Partei, fordert zum Meuchelmord an Kommunisten auf, ohne daß die Reichsjustizverwaltung ihn dafür zur Rechenschaft zieht, angeblich weil der Reichstag bei Schaffung des Republikschutzgesetzes Bestimmungen über die Disziplinargewalt über die Richter des Staatsgerichtshofes „vergessen" hat.

3. Noske, der Oberpräsident von Hannover, verfolgt die KPD. in seinem Bereich mit gesetzloser Willkür, hebt das Vereinsgesetz auf, stellt Zeitung, Verlag und öffentliche Redner der Partei unter Vorzensur, verbietet die kommunistische Presse überhaupt, wirft unschuldige Arbeiter und Arbeiterinnen ohne Angabe von Gründen ins Gefängnis und brüstet sich öffentlich damit, daß er auf die Gesetze pfeife. Die preußische Staatsregierung ist außerstande und außerwillens, gegen Noske einzuschreiten, so daß schnellstens der Reichstag von sich aus eingreifen muß.

4. Die Verhandlungen in London lassen stetig mehr erkennen, daß die für die deutschen Arbeiter, Angestellten und Kleinbauern an sich schon unerträglichen Bedingungen des Sachverständigengutachtens noch weiter verschlimmert werden. Die kommunistische Presse, die gegen diese ungeheuerlichen Verschlimmerungen ankämpft, wird fast überall im Reiche — offenbar auf zentrale Anweisung — verboten. Der Reichstag muß daher sofort zusammentreten, um gegen diese willkürlichen Verbote und gegen die Verschlimmerung des Sachverständigengutachtens Stellung zu nehmen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

M. d. R.

Das verbotene Verbot

Die kommunistische Reichstagsfraktion brachte folgende Interpellation ein:

Neben den Verboten der „Niedersächsischen Arbeiterzeitung", der „Süddeutschen Arbeiterzeitung" und des „Kämpfer" wurde am 13. August auch das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands, die „Rote Fahne", auf die Dauer von 3 Wochen mit folgender Begründung vom Reichsminister des Innern, Dr. Jarres, verboten:

P. 6642. Berlin, den 13. August.

Verfügung.

Auf Grund des § 2 der Verordnung des Reichspräsidenten über die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes und die Abwehr staatsfeindlicher Bestrebungen vom 28. Februar 1924, 25. April 1924, 17. Juni 1924 (Reichsgesetzbl. I. S. 429, 655) wird die „Rote Fahne", Erscheinungsort Berlin, Leitung Fritz Apelt, Berlin, vom 14. August 1924 bis 3. September 1924 einschließlich verboten.

Begründung.

Die „Rote Fahne" bringt gleich an der Spitze ihrer Nummer 92 vom 10. August 1924 in hervorgehobenem Druck den Aufruf „Nieder mit der Verfassung der Ausbeuter! Es lebe die Revolution!" Schon diese Ueberschrift enthält den Tatbestand einer Bestrebung auf gesetzwidrige Aenderung der verfassungsmäßigen Staatsform. Die Schlußsätze der dieser Ueberschrift folgenden Ausführungen: „Es lebe die Verfassung der siegreichen Revolution! Es lebe die Diktatur des Proletariats" lassen besonders deutlich die Absicht erkennen, daß auf gewaltsamem revolutionären Wege die geltende Verfassung beseitigt werden soll.

Die gleiche Nummer bringt in der ersten Beilage unter der Ueberschrift „Brecht der Justizhure das Genick, ehe sie Euch erdolcht!" ein Bild, das nur im Sinne einer Aufforderung oder Anreizung zu Gewalttätigkeiten gegen politisch Andersdenkender aufgefaßt werden kann und soll. Auf ihm ist ein Mann abgebildet, der mit einem schweren Hammer auf Personen einschlägt, die als Vertreter anderer politischer Parteien gezeichnet sind.

Danach ist das Verbot sowohl nach Abs. 1 wie nach Abs. 2 des § 2 der genannten Verordnung gerechtfertigt.

Das Verbot umfaßt auch jede angeblich neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt, und die im Verlag der „Roten Fahne" erscheinenden Kopfblätter. Verboten ist auch die Ausstellung eines Ersatzblattes an die Bezieher der „Roten Fahne". Gegen diese Verfügung ist das Rechtsmittel der Beschwerde beim Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik zulässig. Sie hat keine aufschiebende Wirkung.

Der Reichsminister des Innern

gez. Dr. Jarres.

Stempel: Reichsministerium des Innern

Beglaubigt: gez. Reinbacher (Ministerialkanzleiassistent).

Der „Rote Fahne" wurde durch die Verfügung vom 13. August 1924 verboten, die Begründung des Verbots zu veröffentlichen.

Ganz offensichtlich sind diese Verbote erfolgt, um die kommunistische Presse in ihrem Kampf gegen das Sachverständigengutachten und seine in London beschlossene Verschlechterung lahmzulegen.

Billigt die Reichsregierung diese erneuten Polizeimaßnahmen gegen die Presse der Arbeiterschaft, die einer völligen Mundtodmachung und Erdrosselung der kommunistischen Presse gleichkommt?

Billigt die Reichsregierung insbesondere die unglaubliche Verfügung des Reichsministers des Innern, daß die Begründung des Verbots von der „Roten Fahne" nicht veröffentlicht werden dürfe?

Berlin, den 15. August 1924.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240818-11/fragment/page=0002

Kampfende in Polnisch-Oberschlesien

TU. Kattowitz, 17. August.

Der gestern von den gewerkschaftlichen Organisationen aller Richtungen einberufene Betriebsräte-Kongreß in Oberschlesien, beschloß mit Stimmenmehrheit, sich dem gefällten Spruch eines Schiedsgerichts zu unterwerfen und die Arbeit am kommenden Montag wieder aufzunehmen. Da gegen diesen Beschluß sich eine starke Opposition bemerkbar machte, ist damit zu rechnen, daß die Arbeitsaufnahme am Montag keine allgemeine sein wird, sondern daß der Streik auf einzelnen Anlagen fortdauern wird.

Von den Leiden angenommenen Resolutionen heißt es in der ersteren:

„daß die Arbeiterschaft den Streik nur unter der Bedingung abbricht, daß die Arbeitgeber keine neuen Forderungen aufstellen. Sollte dieser Fall eintreten, würde die Arbeiterschaft wieder geschlossen in den Kampf treten. — In der zweiten Resolution verlangt die Arbeiterschaft die sofortige Amtsenthebung des Polizeikommissars Schwierz aus Chorzow, der den Zwischenfall in der Gräfin-Laura-Grube verschuldet hat.

Die Arbeiter Ostoberschlesiens mußten die Verlängerung der Arbeitszeit hinnehmen. Aber die Niederlage wird nicht so schwer sein, wenn die polnischen Arbeiter ein für allemal begriffen haben, daß die Voraussetzungen eines Sieges in Oberschlesien der engste Zusammenschluß, die brüderlichste Kampfgemeinschaft mit den deutschen Arbeitern ist.

Der Arbeitsfriede wird in Oberschlesien nicht von langer Dauer sein, die Nachrichten aus dem dortigen Industriegebiet gehen übereinstimmend dahin, daß die deutschen Unternehmer, ermutigt durch den Sieg der polnischen, in der nächsten Zeit einen Generalangriff auf die Arbeiter planen, der vornehmlich alle sozialen Errungenschaften der Nachkriegszeit restlos beseitigen soll.

In diesem Kampf wird die Solidarität der polnischen Arbeiterschaft eine große Rolle spielen und bis zu diesem Tage ist die Aufgabe der Arbeiter jenseits der Grenze: Stärkung der Schlagkraft ihrer Organisationen, um wirksam den Kampf der deutschen Arbeiter Oberschlesiens unterstützen zu können.

Produktionssabotage im belgischen Kohlenbergbau

Verrat der Reformisten — Der Streik dehnt sich aus

(Eig. Drahtm.) Brüssel, 17. August.

Um die durch die billige Lieferung von Reparationskohle durch Frankreich notwendig gemachte Herabsetzung der Kohlenpreise zu vermeiden, haben die belgischen Zechenbesitzer den Verkauf gesperrt. Die Haldenvorräte sind inzwischen bis auf 250 000 Tonnen gestiegen. Die Unternehmer haben jetzt, um der französischen Konkurrenz zu begegnen, beschlossen, auf Kosten des Arbeitslohnes die Verkaufspreise herabzusetzen.

In dem gemischten staatlichen Ausschuß, der aus Arbeitgebern und Vertretern der reformistischen Organisationen zusammengesetzt sind, wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, die Löhne um 5 bis 10 Prozent herabzusetzen, mit Wirkung vom 13. August ab.

Die Belegschaften im Kohlenbecken von Mons haben gegen diesen brutalen Angriff der Unternehmer in einer stürmischen Protestversammlung den Streik proklamiert. Bis heute stehen 36 000 Bergarbeiter im Kampf. Die Streikbewegung greift bereits auf das ganze südbelgische Kohlenrevier über.

Brüssel, 18. August.

Der gesamte südbelgische Kohlenbergbau ist von der Streikbewegung ergriffen. Entgegen den Lohnkürzungsabsichten der Unternehmer fordern die Streikenden eine Lohnerhöhung von 20 Prozent. Der von den Unternehmern gefaßte Beschluß einer Herabsetzung der Löhne, angeblich wegen Absatzmangels, sollte nur den Zweck haben, die Produktionssabotage zu verschleiern. In gewaltigen Versammlungen nahmen die belgischen Kumpels zu dem brutalen Vorgehen der Zechenbesitzer Stellung und beschlossen einstimmig, den Kampf mit allen Mitteln zu Ende zu führen.

Die belgischen Reformisten spalten die Gewerkschaften

(Eig. Drahtm.) Brüssel, 17. August.

In der Sitzung der Gewerkschaftskommission Belgiens wurde eine Resolution angenommen, nach der kein Mitglied der Kommunistischen Partei gewerkschaftliche Funktionen bekleiden kann.

Wie in Deutschland, so gehen jetzt auch in Belgien die Sozialdemokraten dazu über, die Gewerkschaften planmäßig zu spalten. Um so mehr müssen unsere Genossen die Propaganda für die Wiederherstellung der Einheit der Gewerkschaftsbewegung führen.

Bewaffnete Kämpfe in Le Havre

Neue Hilfstruppen für die Streikenden

(Eig. Drahtmeld.) Le Havre, 18. August.

Im Laufe eines bewaffneten Kampfes mit der Polizei wurde der Sekretär des CGTU. wegen Anstiftung zu der Belagerung des reformistischen Gewerkschaftshauses erneut verhaftet. Die Streikenden stürmten das Gefängnis und zwangen die Polizei zur sofortigen Freilassung des Gefangenen.

(Eig. Drahtmeld.) Le Havre, 18. August.

Infolge Störungen durch die Streikenden wurde der anläßlich eines Musikfestes geplante Fackelzug abgesagt. Eine Ansammlung von Festtelnehmern wurde durch eine Gruppe Streikender gesprengt. Der revolutionäre Verband der Transportarbeiter hat sich mit dem Kampf der Kollegen solidarisch erklärt und weitgehendste Unterstützung zugesagt.

(Eig. Drahtmeld.) Nantes, 18. August.

Die Mannschaften von sechs neueingelaufenen Schiffen sind unmittelbar nach der Landung in den Streik getreten. Sie verlangen ebenfalls Lohnerhöhung auf fünf bzw. drei Franken, die Wiederherstellung des Achtstundentages und Bezahlung der Ueberstunden.

(Eig. Drahtmeld.) Le Havre, 18. August.

In Saint Nazare sind die Mannschaften der Dampfer, die zur Eisenbahngesellschaft von Orleans gehören, zur Unterstützung der Streikbewegung in Le Havre ebenfalls in den Streik getreten.

Antisemiten betteln jüdische Bankiers an

(Eig. Drahtb.) Budapest, 16. August.

In Ehren der hier weilenden amerikanischen Bankiers Speyer und Krech, die im Laufe des heutigen Tages mit mehreren Mitgliedern der Regierung sowie mit leitenden Persönlichkeiten des ungarischen Wirtschaftslebens Beratungen gepflogen haben, gab Finanzminister Baron Koranyi ein Diner, an dem auch der Generalkommissär des Völkerbundes Smith teilnahm.

*

Es zeigt sich auch hier wieder, was es mit dem Antisemitismus der ungarischen Christlichnationalen auf sich hat. Gewiß, die in Ungarn zahlreichen jüdischen Proletarier, die hat man nach der Niederschlagung der Räterepublik zu Tode gemartert und gehängt. Aber mit den Finanziers hat sich der Horthy de Nagybanya immer recht gut verständigt. Er, der jüdische Arbeiter aufs fürchterlichste foltern ließ, hat während der wütendsten Pogrome recht gute Geschäfte mit dem Bankgewaltigen Manfred Weiß und dem in den Adel erhobenen jüdischen Industriellen Simon von Krause gemacht. Ihr Antisemitismus ist eben nur eine Portemonnaie-Angelegenheit. Es ist genau so wie mit den Hakenkreuzlern in Deutschland. Auch die richten sich in ihren Aktionen nur gegen die besitzlosen Ostjuden, während sie mit den jüdischen Kapitalisten auf sehr gutem Fuß stehen.

Verzweifelte Lage der österreichischen Arbeiter

Massenentlassungen in der Steiermark

(Eig. Drahtmeld.) Wien, 17. August.

Die verschärft einsetzende Industriekrise nimmt besonders im steirischen Industriegebiet katastrophale Formen an. Nachdem die Alpine-Montan-A.-G., der größte industrielle Konzern Oesterreichs, seinen Betrieb in Neuberg stillgelegt hat, ist nun auch die Einstellung des Werkes in Aumühl bei Kindberg erfolgt. In den Donawitzer Werken wurden 1200 Arbeiter, im Erzbergbau Eisenerz mehr als 1000 Arbeiter entlassen. In ganz Obersteiermark ist nur mehr ein Hochofen in Tätigkeit, gegenüber drei im Frühjahr 1924.

Auch die Stillegung der Martinösen wird von der Alpine-Montan-A.-G. beabsichtigt. Aus den anderen Betrieben werden ebenfalls täglich neue Entlassungen gemeldet. Im Fohnsdorfer Bergbau wurden Feierschichten eingeführt.

*

Die Alpine-Montan-A.-G. war früher bekanntlich Stinnes'scher Besitz. Der selige Stinnes hat den größten Teil der Aktien dieses Werkes an Camillo Castiglioni, der ihm bei allen seinen oft recht zweifelhaften Geschäften mit Rat und Tat und Schlichen und Kniffen unterstützt hat, abgegeben. Da jedoch die großen Fiat-Werke in Oberitalien sich im Stinnes'schen Besitz befinden und die Alpine-Montan-A.-G. im wesentlichen nur dem Fiat-Konzern liefert, befindet sie sich trotzdem unter der Kontrolle und indirekten Herrschaft Stinnes.

Die angebliche Absatzstockung, die von der Alpinen als Grund für die von ihr vorgenommenen Massenentlassungen angegeben wird, ist glatter Schwindel. In Wirklichkeit will sie damit auf die Regierung und das Parlament einen Druck ausüben, um sie zur Einführung der Schutzzölle auf die Roheisenproduktion zu zwingen. Um den Aktionären der Alpine neue Milliardenprofite zu sichern und den geplanten Zollraubzug der Regierung zu rechtfertigen, scheut das kapitalistische Ausbeuterpack nicht davor zurück, Tausende von proletarischen Existenzen brotlos zu machen und der bittersten Not preiszugeben.

Diese zahlreichen Arbeitslosen sollen zugleich nach deutschem Vorbild ausgehungert werden, um, wenn sie mürbe gemacht sind, zu den der Alpinen genehmen Arbeitsbedingungen die Arbeit wieder aufnehmen zu können.

Dieser teuflische Plan findet seine Unterstützung in der christlich-sozialdemokratischen Steuerraubpolitik, durch die das Proletariat in ganz Steiermark ungefähr 90 Prozent der Budgets zu tragen hat. Steuer- und Mietzinserhöhung, Erhöhungen für Licht und Wasser und eine bedeutende Steigerung der Lebensmittelpreise bei dem erbärmlichen Wochenlohn von 300 000 Kronen kennzeichnen die verzweifelte Lage des steiermärkischen Proletariats.

Die Reaktion hat es zudem auf die Provokation eines Blutbades abgesehen. So erklärte vor wenigen Tagen der durch sein rigoroses Vorgehen berüchtigte Bezirkshauptmann von Leoben, daß alle Vorbereitungen getroffen sind, eventuell ausbrechende Unruhen im Keim zu ersticken.

Wegen der drohenden Gefahren ist die Kommunistische Partei Oesterreichs im Begriff, das steiermärkische Proletariat, welches angesichts zahlreicher Kommunistenverhaftungen und -ausweisungen sehr stark mit der KP. sympathisiert, zum Abwehrkampf zu mobilisieren.

Der österreichische Index um 6 Prozent gestiegen

Wie aus Wien gemeldet wird, ist der Lebenshaltungsindex in Oesterreich um weitere 6 Prozent gestiegen. Man weiß, daß die Indexberechnungen in allen kapitalistischen Ländern aus bekanntlichen Gründen gefälscht sind. Man weiß, daß die Zusammensetzung dieses Indexes weit unter dem Existenzminimum liegt. Wenn trotzdem eine so starke Steigerung eingetreten ist, zeigt sich auf das deutlichste, daß die angebliche Stabilität der Währung sich auswirkt in einer scharfen Lohnkürzung des Proletariats. Innerhalb des Indexes ist die wichtigste Gruppe, die Ernährungspreise, um 9 Prozent gestiegen. Nach den Angaben der Wiener „Roten Fahne" erreicht diese Feststellung bei weitem nicht die tatsächliche Teuerung. In Wirklichkeit sind die Lebensmittel bedeutend stärker gestiegen.

Pleite bei den Völkischen

(Eig. Drahtm.) Mannheim, 17. August.

Vor kurzem war durch den in Mannheim infolge eines Bombenattentates auf die Mannheimer Börse bekannten Nationalsozialisten Jansen eine „Unabhängige nationalsozialistische deutsche Arbeiterbewegung" gegründet, die sich in ihrem Programm als christlich, republikanisch, großdeutsch und antipuschistisch bezeichnete. Außerdem erklärte sie, daß sie die nationalsozialistische Bewegung von den verkrachten Offizieren reinigen wollte. Auf Anweisung von Hitler hat der Gründer der neuen Partei diese jetzt wieder aufgehoben.

Die völkische Bewegung in Baden zerfällt immer mehr. Vor einigen Tagen fand der Parteitag der Deutschen Partei im Völkisch-sozialen Block in Freiburg statt. Es wurde ein neuer Vorstand gewählt, nachdem der bisherige Vorstand, der Spitzenkandidat zu den Reichstagswahlen, Dr. Klotz, aus der Partei ausgeschlossen worden ist. Zwischen den Anhängern der beiden Lager, die sich gegenseitig der Freimaurerei beschuldigten, kam es auf dem Parteitag trotz der Anwesenheit eines Münchner Delegierten, der zur Einigung mahnte, zu solchem Krach, daß ungefähr die Hälfte der Versammlung den Parteitag verließ und in einem anderen Lokal allein weiter tagte.

Der völkische „Kämpfer", das Zentralorgan der Völkischen in Baden, befindet sich in solchen Geldschwierigkeiten, daß sein Weitererscheinen in Frage gestellt ist.

München, 17. August.

Die beiden völkischen Organe Münchens, die „Deutsche Presse" und der „Völkische Kurier" vereinigen sich. Schon seit längerer Zeit ist es ein offenes Geheimnis, daß die beiden Zeitungen in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind.

*

Mit der Gründung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold ist die Sozialdemokratie aus einem Flügel des Faszismus zum vollgültigen Ersatz des Faszismus avanciert. Die faszistischen Organisationen sind deshalb überflüssig geworden und die Kapitalisten sperren ihnen die Mittel.

Völkisches Theater

Ganze 1900 Mann demonstrieren anläßlich des völkischen Parteitages

(Eig. Drahtm.) Weimar, 18. August.

Gestern schloß der dreitägige völkisch-nationalsozialistische Parteitag in Weimar mit einer Kundgebung vor dem National-Theater. Genaue Gesamtstärke der im Kreise aufmarschierten Verbände 1900 Mann mit 82 Fahnen, zwei Musikkapellen, 15 Kutschen und zwei Rädern. Von der Galerie des Nationaltheaters aus sprach zuerst Artur Dinter, dann Ludendorff. Dinter verteidigte die Verbände auf einen großen Schwur: Ludendorff bis in den Tod zu folgen und die Regierung Marx-Stresemann wegen Hoch- und Landesverrats abzuurteilen. Vormittags hatte Ludendorff auf dem Flugplatz die Front abgeschritten. Auf diesem 50 000 Mann fassenden Platz wirkte das faszistische Häuflein noch jämmerlicher. Das Fiasko war noch größer als der schwarzrotgoldene Verfassungstag. Wenig Neugierige. Die Tagung der Parteitagsdelegierten war gekennzeichnet

1. durch den verzweifelten Schrei nach Geld;
2. durch äußerste Zuspitzung des sozialen Gegensatzes zwischen den bürgerlichen und den kleinbürgerlich-radikalen Elementen;
3. durch scharfe Gegensätze, vor allem in Rheinland-Westfalen und in Sachsen;
4. durch vollkommenen Pessimismus über die Bekämpfung des Dawes-Planes.

Ein offizieller Redner gab als Perspektive bis zur Errichtung des völkischen Staates 50 bis 70 Jahre an, wozu Ludendorff zustimmend nickte. In offiziellen Führerkreisen der Völkischen rechnet man mit weiterem Rückgang der Bewegung, mit dem Verlust der Massen, mit der Erhaltung eines kleinen Kerns und mit dem Neuaufbau der Bewegung frühestens in fünf Jahren. In der außenpolitischen Rede und Resolution des Grafen Reventlow derselbe absolute Pessimismus. Die einzige aktive Stelle in der Resolution war die Drohung gegen die persönliche Sicherheit der Dawes-Kommissare.

Völkischer Ueberfall auf einen Arbeiter

(Eig. Drahtm.) Wismar, 17. August.

Ein sozialdemokratischer, 68 Jahre alter Arbeiter wurde auf dem Wege von Wismar nach Hagebück von mehreren völkischen Jünglingen überfallen. Sie entrissen ihm mit Gewalt sein Abzeichen. Auf die Hilferufe des alten Mannes flüchteten die völkischen Banditen und sangen dann: „Siegreich wollen wir Frankreich schlagen!"

Faszistische Wegelagerer

(Eig. Drahtm.) Lüdenscheid, 17. August.

Vor einigen Tagen überfielen ein Dutzend Jungdobanditen einen wehrlosen Arbeiter und verprügelten ihn sinnlos. Ferner mißhandelten einige 20 dieser Schurken einen jugendlichen Flugblattverteiler. Drei zufällig hinzukommende Jugendgenossen kamen dem Mißhandelten zu Hilfe. Nur durch das Eingreifen der Polizei, welche für die Jungdoleute Partei nahmen, wurden sie daran gehindert, den Reaktionären eine gepfefferte Abreibung zu verabfolgen.

Revolutionäre Diktatur gegen die Ausbeuter und ihre Lakaien

(Eig. Drahtm.) Le Havre, 17. August.

Nach abermaligem Scheitern der Verhandlungen haben die Streikenden stürmisch die verschärfte Fortsetzung des Streikes beschlossen. Im Laufe des Tages kam es wieder zu einer Reihe von ernsten Zwischenfällen. Die Empörung über den Verrat der Reformisten fand ihren Ausdruck in erbitterten Protestkundgebungen vor dem Gewerkschaftshause der Amsterdamer. Der reformistische Gewerkschaftssekretär wurde in seinem Bureau gefangen gehalten. Man verlangte seine sofortige Absetzung. Sein Vorgänger, zurzeit Stadtrat in Le Havre, mobilisierte gemeinsam mit Herrn Meyer ein Polizeiaufgebot, um seinen Freund zu befreien. Die Streikenden drangen in die Wohnung des Stadtrats ein, holten ihn aus seinem Schlupfwinkel und verprügelten ihn. Nach einer blutigen Auseinandersetzung mußte die Polizei unverrichteter Dinge wieder abziehen. Um Nachmittag wurde ein Schiff, das unter dem Schutze des Militärs auslaufen sollte, in Brand gesteckt.

Matteotti gefunden

Paris, 17. August.

Aus Rom wird gemeldet, daß es sich bei dem zwischen Scrofano und Castelnuovo gefundenen Leichnam tatsächlich um die Leiche Matteottis handelt. Auf die Meldung von dem Fund hin hatten sich die Behörden sofort an Ort und Stelle begeben und an einem goldenen Ehrenzahn, der im Schädel gefunden wurde, konnte die Identität mit dem ermordeten sozialistischen Abgeordneten Matteotti festgestellt werden.

Jungkommunisten im Kampf gegen den Faszismus

Verhaftung von Kommunisten in Rom

Aus Rom wird gemeldet: Die Polizei verhaftete zehn junge Kommunisten, weil sie entsprechend den Beschlüssen des letzten Moskauer internationalen Kommunistenkongresses an mehreren Stellen der Stadt Plakate angeschlagen hatten, auf denen zum Kampf gegen den Faszismus, gegen das Bürgertum und den kapitalistischen Staat aufgefordert und die kommunistische Revolution verherrlicht wurde.

Die Erfolge der kollektiven Sowjetwirtschaften

Aus Tambow wird gemeldet, daß die Ernteerträge der staatlichen und landwirtschaftlichen Betriebe den Durchschnittsertrag der individuellen Bauernwirtschaften um das Doppelte übersteigen. Während die Bauern im Durchschnitt für die Desjatine 45 Pud Getreide geerntet haben, weist der kollektive Sowjetbetrieb in Kozlowsk eine Ernte von 80 bis 90 Pud für die Desjatine auf.

Diesen Ergebnissen ist außerordentliche Bedeutung zuzuschreiben. Die Erfolge der rationellen Agrikultur der Sowjetbetriebe sind der beste Anschauungsunterricht für die Bauern und werden diese zur Bildung von Produktivgenossenschaften anspornen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240818-11/fragment/page=0003

Letzte Nachrichten

Der Kampf der Bauarbeiter

und der Schwindel von dem Absatzmangel

(Eig. Drahtm.) **Dortmund**, 18. August.

Entgegen der Aufforderung der Unternehmerorganisationen im Baugewerbe ist in Münster und im Münsterland die Aussperrung im Baugewerbe nicht erfolgt. Dort stehen die Arbeitgeber auf dem Standpunkt, daß bei der ruhigen und verhältnismäßig günstigen Arbeitslage gar kein Grund vorliege, die Bauten stillzulegen und die Arbeiter auszusperren.

Aussperrung und Streik im Koblenzer Baugewerbe

(Eig. Drahtm.) **Koblenz**, 18. August.

Die Bauunternehmer haben wegen Lohndifferenzen die Bauhandwerker, Maurer und Hilfsarbeiter ausgesperrt. Das Bezirkslohnamt setzte durch Schiedsspruch für die Bauarbeiter 60 Pfennig und für die Maurer 74 Pfennig Stundenlohn fest. In einer vom Deutschen Baugewerksbund einberufenen Versammlung beharrten die Bauarbeiter auf ihren ursprünglichen: 90 Pf. und 80 Pf. Zugleich wurde beschlossen, die Unternehmer, die noch nicht ausgesperrt haben, zu bestreiken.

„Aus Solidarität"

werfen sie die Proleten aufs Pflaster

(Eig. Drahtm.) **Solingen**, 18. August.

Nachdem die Solinger Bauunternehmer zunächst entgegen den Weisungen des Verbandes sich an der Aussperrung nicht beteiligen wollten, weil die angeblich keine Veranlassung dazu hatten, weder durch Teilstreiks och durch Lohndifferenzen, haben sie **gestern beschlossen, die Aussperrung doch vorzunehmen. Sie erklärten ihren Schritt als einen Akt der Solidarität dem Verbande gegenüber und erklären ausdrücklich, daß eine andere konkrete Veranlassung nicht vorliege.**

Die Wucherschraube für Fleisch, Fett und Zucker zieht an

Berlin, 18. August.

Amtlich wird folgendes gemeldet: Die Reichsinderziffer für Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des statistischen Reichsamts für Mittwoch, 13. August, wie in der Vorwoche auf das 1,14 billionenfache der Vorkriegszeit. **Die Preiserhöhung bei Fleisch, Fettwaren und Zucker** wird ausgeglichen durch den weiteren Rückgang der Kartoffel- und Gemüsepreise.

Haarmann im Sanatorium!

Wie die bürgerlichen Zeitungen mitteilen, ist der Massenmörder Haarmann, Spitzel gegen die Kommunisten in Noskes Reich, aus dem Gefängnis in die psychiatrische Klinik nach Göttingen überführt worden. Es seien alle Maßnahmen zu einer sicheren Verwahrung und Bewachung getroffen.

*

Was wir geahnt haben, ist mit überraschender Schnelligkeit eingetroffen. Haarmann wird von der bürgerlichen Klasse, der er „erfolgreiche Dienste" gegen das Proletariat geleistet hat, aus dem Gefängnis geholt und in ein Sanatorium überführt. Das ist der Lohn für einen vierzigfachen Massenschlächter. Das ist das Ende der von Moral triefenden sittlichen Entrüstungsschreie aufgebrachter Kleinbürger. Das ist die Moral in dieser Republik. Das ist die Moral ihrer Beherrscher. Massenschlächter und Hochverräter, mögen sie Ludendorff oder Haarmann, Noske oder Hitler heißen, werden für ihre Schandtaten noch immer belohnt. **Fort mit diesem Staat, der Mörder freiläßt! Fort mit dieser Regierung, die Mordbuben unterstützt!**

Der „Rote Frontkämpfer-Bund" marschiert

Erfurt, 17. August.

Gestern fand hier eine Massenversammlung im „Kaiserfaal" statt, in der nach einem mit großer Begeisterung aufgenommenen Referat die sofortige Gründung einer Ortsgruppe des Frontkämpferbundes beschlossen wurde.

Neue Mordhetze gegen die KPD.

Aus Gelsenkirchen meldet die bürgerliche Presse folgendes:

„Den Bemühungen der geheimen politischen Polizei ist es gelungen, **die Organisation von kommunistischen Terror- und Sabotagegruppen restlos aufzudecken.** Es gelang, den Leiter und Organisator dieser Gruppen, der seit etwa drei Monaten flüchtig ist, in dem Augenblick festzunehmen, als er für kurze Zeit aus einem Berliner Schlupfwinkel hierher zurückgekehrt war. Nach dem bisherigen Ergebnis der amtlichen Untersuchung hat der jetzt festgenommene Führer mit dem noch flüchtigen militärischen Leiter der geheimen kommunistischen Polizei von der Parteileitung die Anweisung erhalten, Terror- und Sabotagegruppen zu bilden, um durch Beseitigung von Polizeibeamten bei den kommenden Wirtschaftskämpfen die **Zechenanlagen durch Sabotage zum Stillstand zu bringen.** Nach der Gründung der Terror- und Sabotagegruppen wurde auf den hiesigen Schachtanlagen Wilhelmine und Viktoria und Graf Bismarck der Betrieb dadurch zum Stillstand gebracht, daß die Mitglieder der Gruppen die beladenen Förderwagen in den Schacht warfen. Nach der Tat fanden die Haupttäter in der Geschäftsstelle des kommunistischen Ruhrechos in Essen Unterschlupf. **Von dort erhielten sie Reisegeld** und die Weisung, sich in Berlin bei der Zentrale der KPD. zu melden. Zwei Mitglieder der Bande entzogen sich ihrer Festnahme durch Selbstmord, nachdem sie einen geheimen Kriminalbeamten und einen Hilfspolizeibeamten schwer verletzt hatten. Sie hatten ferner im November einen Gendarmen und einen Polizeibeamten auf bestialische Weise ermordet. Gleichzeitig ist eine **Reihe führender geheimer Mitglieder der Kommunistischen Partei wegen Begünstigung festgenommen worden.**"

Seit einigen Wochen unternimmt die kapitalistische und vor allem die sozialdemokratische Presse im Ruhrgebiet eine wüste persönliche Verleumdungskampagne gegen führende Parteigenossen, die im Ruhrgebiet tätig sind. Der Zweck der Hetze wird jetzt klar. **Es war bestellte Vorarbeit für die im Dienste der französischen Besatzung stehenden Polizeiorgane,** die den Auftrag haben, angesichts der im Ruhrgebiet heranwachsenden schweren Wirtschaftskämpfe, hervorgerufen durch die Produktionssabotage der Unternehmer und hervorgerufen durch den Pakt der deutschen mit den französischen Kapitalisten, den Einfluß der KPD. auf die Massen zu vermindern. Das Vertrauen des Ruhrproletariats zu unserer Partei soll durch die Spitzelbearbeitung der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse erschüttert werden. Andererseits will die „deutsche" Ententepolizei den formalen Vorwand nach außen schaffen, um mit Terror- und Willkürakten gegen führende Parteigenossen vorzugehen.

Die Ruhrkumpels werden, des sind wir gewiß, schon die richtigen Mittel finden, um dem Polizeigesindel der Besatzung gebührend heimzuleuchten. Schrecken die Arbeitermörder vor neuen Verbrechen nicht zurück, riskieren sie neue Verbrechen am Leben der Proletarierfunktionäre, so wird das Echo im Ruhrgebiet ein Kampf auf Leben und Tod sein.

Ein seltsamer Strafbefehl

(Eig. Drahtm.) **Sonneberg**, 18. August.

Der Bürgermeister-Stellvertreter Wagenschwanz aus Sonneberg, der 25 Jahre Mitglied der Sozialdemokratie war, hat einer Genossin 10 Mark Geldstrafe auferlegt durch folgenden Strafbefehl:

„Es ist zur Anzeige gebracht worden, daß Sie am 27. d. M. vormittags ¼10 Uhr anläßlich des hier stattgefundenen Kriegerfestes beim Einzug eines Kriegervereins im Grünthal durch Schwenken einer roten Fahne und den Ruf „Heil Moskau!" sich des groben Unfugs schuldig machten, indem sie durch diese grobe und ungebührliche Handlung das Publikum in seiner unbestimmten Allgemeinheit unmittelbar belästigten, und zwar dergestalt, daß in dieser Belästigung zugleich eine Verletzung des äußeren Bestandes der öffentlichen Ordnung zur Erscheinung kam."

Es muß um die öffentliche Ordnung in Sonneberg sehr schlecht bestellt sein, wenn sie schon durch den „Heil Moskau"-Ruf gefährdet wird.

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107 001. Artur Sämisch Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

★ ★

Ortsgruppe Halle.

Ortsleitungssitzung. Dienstag, abends 8 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft".

Kreis Bitterfeld

Bitterfeld. Dienstag, 19. August, abends 8 Uhr, „Bürgergarten": **Kreisfunktionärkonferenz.**

Kreis Weißenfels

Weißenfels. Dienstag, den 19. August, abends 8 Uhr, im Metallarbeiter-Bureau: Vorstandssitzung.

Kreis Wittenberg

Wittenberg. Dienstag, 19. August, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus" Kleinwittenberg: **Sitzung der kommunistischen Betriebsräte, Zellenmitglieder und Gewerkschaftsfunktionäre.**

Kreis Liebenwerda

Bockwitz. Mittwoch, 20. August, abends 8 Uhr, im „Volkshaus": **Sitzung der Kreisleitung.**

Volkspark
Morgen, Dienstag, abds. 8 Uhr
15. Sommer-Konzert
des Wittekind-Orchesters
Leitung:
Kapellmeister **Benno Plätz**
Hervorragendes Solis-Programm
2451

Bekanntmachung

Die Bestimmungen über die Vergnügungssteuer sind von dem Herrn Regierungspräsidenten genehmigt.

Die Steuerordnung liegt während der nächsten 2 Wochen im Stadtsteueramte zur Einsicht aus.

Eisleben, den 13. August 1924.

178 **Der Magistrat.**

Zeitungsträger
für **Clobigkau** per sof. **gesucht.**
Meldungen beim Gen. **Haubenreißer, Gehüfte** bei Mücheln.

Werbt für d. Klassenkampf

Walhalla-Theater
Nur noch wenige Tage
täglich abends 8 Uhr:
Der Sensations-Erfolg
Die Königin der Nacht
oder
Das Mädel von der Sporergasse
Ein Spiel des Lebens für reife Leute in vier Akten von
Tilo Schmidt
Die Leipziger Presse schreibt: Tilo Schmidt ist ein Meister im Aufbau. Seine Gestalten sind Menschen aus dem Leben herausgegriffen. Die Handlung spannend bis zum Schluß. Wohl selten ist einer Frau der Blick in die Geheimnisse des Bordell-Lebens gestattet. Der Verfasser hat es in dezenter Weise verstanden, die Nachtseite des Lebens zu schildern!
Für Jugendliche verboten!
Wegen des starken Andranges an der Abendkasse wird gebeten, die Karten im Vorverkauf von 11 bis 1 Uhr und ab 6½ Uhr abends zu lösen 2454

Arbeitsamt Eisleben

Petristraße 9. 179 Tel. 131.

Gewerbliche Abteilung, a) Arbeitsuchende: Chauffeure, Bäcker, Fleischer, Bauarbeiter, Schlosser, Schmiede, Tischler, Berg-, Hütten-, Salinen-, Platz-, Tagebau- und Abraumarbeiter, Laufburschen, Handlungsgehilfen, Bureaugehilfen, Medizinaldrogisten, Chemiker, Schriftsetzer, Buchdrucker b) **Offene Stellen:** —. **Abteilung Landwirtschaft: a) Arbeitsuchende:** Flurhüter, Geschirrführer, Arbeitsburschen Gutshandwerker, Schafscherer, Aufseher b) **Offene Stellen:** Mädchen zur Feldarbeit **Weibliche Abteilung: a) Arbeitsuchende:** Aufwartungen, Dienstmädchen, Kontorpersonal, Lehrmädchen für Geschäft, Lehrstützen, Scholarinnen. b) **Offene Stellen:** Dienstmädchen, Haus- und Küchenmädchen für Güter, Hausdame, Mamsells für Güter, Stallmädchen, Weißnäherin

Leipziger Straße 88
Fernruf 1224
U.T
Alte Promenade 11a
Fernruf 1224

Die Memoiren eines Mönches
Ein Drama von Liebe und Leidenschaft in sechs Akten nach Motiven v. Grillparzers „Kloster v Sendomir"

Edgar u. die Sahnentorte
Komödie in 2 Akten

Schwimmsport u. Baden im Winter
Sportfilm in 1 Akt

Jackie Coogan
als
Jackie, der Lausbub
5 lustige Akte

Die Tragödie einer Nacht
5 Akte von ungeheurer dramatischer Wucht mit
Edith Posta
Eugen Klöpfer
Frida Richard

Beginn in beiden Theatern 4 Uhr
2453

Programme
sowie alle Vereinsdrucksachen liefert die **Produktiv-Genossenschaft, Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14.**

Zeitungsträger
für **Oberröblingen** a. **Helme** für sofort gesucht. Zu melden bei **Otto Schütze**

Zeitungsträger
für **Naundorf** bei Lauchhammer sofort gesucht.
Zu melden bei **Meergans, Bockwitz** (Volkshaus)

Zeitungsträger
für **Schlettau** (Saalkreis) per sofort gesucht. Meldungen beim **Verlag „Klassenkampf", Halle (S.), Lerchenfeldstr. 14.**

Zeitungsträger
sofort gesucht. Meldungen bei **Glöckner, Friedersdorf, Kreis Bitterfeld**

Modezeitungen empfiehlt die **Volksbuchhandlung.**

Todes-Anzeige

Am Sonnabend, dem 16. August, nachmittags 6 Uhr, verstarb nach langem, schwerem Krankenlager unser guter Vater, Großvater, Onkel und Schwager, der **Hobler**

Wilhelm Lehmann

im fast vollendeten 68. Lebensjahre

Dies zeigen tiefbetrübt an:

Halle a. d. S., d. 18. Aug. 1924

Die trauernd. Hinterbliebenen

Die Trauerfeier findet am Mittwoch, dem 20. August, nachmittags 2½ Uhr, von der Kapelle des Gertraudenfriedhofes aus statt.
Kranzspenden verbeten [2452

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240818-11/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Befreiung der politischen Gefangenen.

Hohe National-Versammlung!

Sie haben durch jenen volkstümlichen Beschluß, der die Ausschreibung derjenigen Offiziere fordert, die der Freiheit abhold, den Rückschritt in die absolute Herrschaft wünschen, gezeigt, daß Sie sich durch keine Rücksichten von dem herrlichen Ziele des Volkswohls und der Freiheit abhalten lassen. Hohe Versammlung, diese Beharrlichkeit, diese treue Pflichterfüllung, dieser energische und siegreiche Kampf ist es, den wir von ganzer Seele anerkennen, und der uns zugleich bestimmt, Ihnen folgende Petition dringend an's Herz zu legen:

Vertreter des Volkes, wir bitten Sie aufs dringendste, ein hohes Ministerium durch die Kraft der Ueberzeugung dahin zu vermögen, daß es diejenigen Männer, die um der Freiheit willen leiden, die nach den veralteten Paragraphen eines durch unsre Revolution unbrauchbar gewordenen Landrechts, den Kerkern verfallen sind, der Haft entlasse. Ihnen, denen der bessere und größere Theil des Volkes vertraut, Ihnen legen wir die Bitte ans Herz, Ihren ganzen Einfluß aufzubieten, daß unsere Brüder uns wiedergegeben, der Freiheit entgegen jauchzend, mit uns vereint für das theure deutsche Vaterland wirken mögen.

Hohe Versammlung! es ist ein Akt der Grechtigkeit, zu dem wir Ihren Beistand erbitten, Sie und wir können diejenigen Männer, die für Volkswohl und Freiheit sprachen und handelten, nicht länger leiden sehen; darum erwarten wir von Ihnen, Vertreter des Volkes, daß Sie unsern sehnlichsten Wunsch entgegenkommen und dahin wirken werden, daß Sie mit dem Ministerio vereint die Befreiung der politischen Gefangenen bewerkstelligen.

Der demokratische Bürgerwehr-Verein.

Die vorstehenden Ausführungen sind die bild- und wortgetreue Wiedergabe eine Flugblattes, das im Jahre 1848 von dem „Demokratischen Bürgerwehr-Verein" herausgegeben wurde. Infolge des Verrates und der Feigheit des liberalen Bürgertums im Jahre 1848 saßen Hunderte von politischen Freiheitskämpfern in den Gefängnissen und wurden in der schmählichsten Weise behandelt. Der vorstehende Appell an die „Hohe Nationalversammlung" verhallte unter dem Geschwätz, das die Demokraten über die „Menschenrechte" machten. Die Reaktion setzte sich durch, weil die Demokraten **ebenso wie heute die Sozialdemokraten** sich höchstens zu papiernen Protesten aufraffen und nie den Kampf aufnahmen oder aufnehmen konnten. Heute sitzen wiederum **Tausende von revolutionären Kämpfern in den Kerkern der deutschen Republik.** Das Proletariat wird aber im Gegensatz zu dem liberalen Bürgertum von 1848 sich nicht in papiernen Protesten erschöpfen, sondern den Kampf zur Freilassung der politischen Gefangenen organisieren und durchführen.

Heraus mit den politischen Gefangenen!
Her mit der Amnestie!

Das „Volksblatt" gegen die Unterstützung der Inhaftierten

Es ist nur allzu selbstverständlich, daß ein sozialdemokratisches Denunziantenorgan gegen die Unterstützung der eingekerkerten Proletarier und ihrer Familien öffentlich auftritt. **Sind doch die Kämpfer um die Befreiung der Arbeiterklasse oft genug durch Sozialdemokraten dem Klassengericht ausgeliefert worden.** Das Werk dieses Klassenverrats zu krönen, wettert das „Volksblatt" gegen die „Rote Hilfe". **Es weiß nämlich sehr genau, daß auch die sozialdemokratischen Arbeiter in den Betrieben es für ihre Pflicht halten, Solidarität zu üben.**

Darum hetzt es:

Da Moskau in letzter Zeit mit seinen Mitteln für die deutsche Putschzentrale sehr zurückhaltend ist und Beiträge so gut wie gar nicht mehr einlaufen, weil von einer eigentlichen Parteiorganisation im Bezirke fast gar nichts mehr vorhanden ist, sollen die mitteldeutschen Arbeiter ihre sauer verdienten Groschen für die sogenannte „Rote" „Hilfe" opfern, damit der kommunistische Parteiapparat noch eine Zeitlang funktioniert. Nur Narren können auf die Lockungen dieser Leute noch hineinfallen.

Das „Volksblatt" will jede proletarische Regung bei seinen Lesern unterdrücken.

An unsere Genossen richten wir deshalb die Mahnung: **Klärt in den Betrieben Eure sozialdemokratischen Kollegen auf über die Brutalität und Arbeiterfeindlichkeit der sozialdemokratischen Führer. Und nun erst recht:**

Gebt für die „Rote Hilfe"!

„Der Schutzpolizeibeamte darf nicht mit „Herr" angeredet werden"

Von einem Schupobeamten wird uns die „Preußische Polizeibeamten-Zeitung" übersandt, in der sich folgender Artikel findet:

„Wie die fortschreitende Demokratisierung in der Preußischen Schutzpolizei aussieht

Der Gruppenkommandeur der Polizeitruppe West der Berliner Schutzpolizei gibt unter dem 26. Juli 1924 folgendes bekannt:

Anrede der Beamten im Dienst.

Ein Vorfall gibt mir Veranlassung darauf hinzuweisen, daß im Dienst sämtliche Beamten mit Dienstgrad und Namen anzureden sind.

Die Anrede „Herr" im Dienst ist unstatthaft. Das Verhalten Vorgesetzten gegenüber wird hiervon nicht berührt.

gez. Dillenburger.

Der Polizei-Oberstwachtmeister Dillenburger, der diesen Befehl herausgibt, legt mit dieser Anordnung von einer außerordentlich demokratischen Einstellung Zeugnis ab. Er ist gleichzeitig Vorsitzender des Vereins der Polizeioffiziere Preußens. Wer nun noch daran zweifelt, daß der Polizeioffiziersverein Preußen republikanisch und demokratisch eingestellt ist, der wird sich sicher durch diesen Befehl eines anderen belehren lassen müssen.

Am Mittwoch, dem 20. August, abends 8 Uhr im großen Saale des „Volkspark":

Große öffentliche Protestversammlung

Thema:

Blut-Riedner und Staatsgerichtshof

Arbeiter, Angestellte u. Beamte, erscheint in Massen, um gegen diese Justizschmach zu protestieren!

Kommunistische Partei
Ortsgruppe Halle.

Zurzeit der Monarchie bestand für alle Vorgesetzten die Verpflichtung, auch den Beamten im untersten Dienstgrad mit „Herr" anzureden. Es wird dadurch das Ansehen der Vorgesetzten nicht geschädigt, wohl aber das Bewußtsein des Beamten im untersten Dienstgrade, auch Beamter zu sein, erheblich gehoben. Weiterhin erfordert das allgemeine Taktgefühl die Anrede eines erwachsenen Mannes mit „Herr".

Heute in der Republik, wo von allen freien Republikanern und den weitesten Volksschichten die Demokratisierung der Verwaltung gefordert wird, wird es direkt verboten, die Untergebenen mit „Herr" anzureden. So sieht die Demokratisierung in der preußischen Schutzpolizei aus und so sieht die Achtung aus, die in der Republik die Vorgesetzten ihren Untergebenen entgegenzubringen sich verpflichtet fühlen.

Was sagt der Herr Polizeipräsident von Berlin und der Herr Minister des Innern dazu?"

Die hallischen Schupobeamten werden weiter fragen: „Was sagt der sozialdemokratische Polizeipräsident Runge dazu. Die Schupobeamten erkennen selbst, daß sie von ihren Offizieren und deren kapitalistischen Auftraggebern nur als Objekte benutzt werden gegen die Arbeiterschaft und dafür nicht einmal als Menschen voll angesehen werden.

Sie sehen an den Tatsachen, daß diese Republik nichts mit Demokratie zu tun hat. Die kapitalistischen Drahtzieher des deutschen Staates haben es gut verstanden, sich hinter sozialdemokratischen Marionetten zu verschanzen. Auf diese, Polizeipräsidenten, Oberpräsidenten usw. fällt mit Recht die ganze Verachtung aller Menschen, die erkannt haben, daß alle garantierten Rechte für die arbeitende Klasse nichts als papierne Angelegenheiten sind. Selbst die das Kapital zu schützen haben, gelten nicht mehr, als die Sklaven im Altertum.

Das Bad des Arbeiter-Schwimmvereins zerstört

Gestern abend ist das Bad des Arbeiter-Schwimmvereins ein Opfer des Wassers geworden. Die Laufbrücken konnten den gewaltigen Wassermengen nicht stand halten und sind auseinandergeborsten. Die 15 bis 20 Mitglieder haben diese Nacht noch gerettet, was zu retten war. Wir werden noch Näheres hierüber berichten.

Hochstaplerin und Diebin

Vor etwa 8 Tagen fand die angebliche geschiedene Offiziersfrau Annemarie v. Sudow, bei einer hiesigen alleinstehenden Dame als Gesellschafterin gastliche Aufnahme. Am 13. August 1924 teilte sie ihrer Gastgeberin mit, daß sie nach Berlin und von dort nach Königsberg reisen werde.

Gleich nach der Abreise vermißte die Dame ihren gesamten Familienschmuck, und zwar: 1 goldene Brosche (Kamee) mit breitem Goldrand, Wert: 1200 Mk.; 2 kleine goldene Broschen (Kamee) Wert: 700 Mk.; 1 Stab mit Hufeisen (Mattgold) mit 2 Brillanten und und 1 Saphir, Wert: 3000 Mk.; 1 Medaillon mit Perlen und Rubinen nebst Halskette, Wert: 800 Mk., in der Mitte ein kleines Porzellanbild, 2 Engel darstellend; 1 goldene Nadel mit Brillantrosette, Wert: 1500 Mk.; 1 mattgoldene Nadel, Stab mit 2 Papialasalitkuppen, Wert: 1200 Mk.; 1 goldenes Armband, runder glatter Reif, Wert: 300 Mk.; 1 mattgoldenes Armband mit 2 Kugeln zum Durchschlüpfen mit Federn, besetzt: Türkisen, Wert: 1200 Mk.; 1 mattgoldene Blusennadel mit 3 Brillanten und 3 Rubinen, Wert: 3000 Mk.; 1 goldene Brosche mit 4 Malachitsteinen und mattgoldene Einfassung, Wert: 1200 Mk.

Es besteht der dringende Verdacht, daß die angebliche Frau Sackow, deren Personalien zweifellos falsch sein dürften, die Juwelen gestohlen hat.

15. Sommerkonzert im „Volkspark"

Für das am Dienstagabend stattfindende Konzert des Wittekind-Orchesters hat Kapellmeister Plätz einige gern gehörte Musikstücke auf Wunsch mehrerer Besucher wiederholt, so u. a. die Musik zu Peer Gynt von Grieg. Gerade die nordische Musik fand besondere Aufmerksamkeit bei dem Publikum.

In dem Konzert kommen auch zwei Solosachen zum Gehör, und zwar wird der Konzertmeister Franz Witek eine Romanze für Violine von Swensen und der Solotrompeter Friedrich Gerber eine Polonaise für Trompete von Göye zum Vortrag bringen.

Das Konzert wird eingeleitet durch den Marsch aus der Oper „Die Folkunger" von Kretschmar, hierauf folgt die Ouvertüre „Der Wasserträger" von Cherubine, dann das Violinsolo und Suite aus Peer Gynt. Der zweite Teil wird eröffnet durch die Ouvertüre „Hans Heiling" von Marschner, ihr folgt das Trompetensolo, darauf eine Fantasie aus der Oper „Hänsel und Gretel" von Humperdinck, und als letztes „Kommt ein Vogel geflogen", ein Volkslied im Stile älterer und neuerer Meister, bearbeitet von Ochs. Der dritte Teil ist wieder der leichteren Muse gewidmet und wird durch eine Fantasie aus der Oper „Traviata" eingeleitet und schließt mit dem Strauß-Walzer „Wein, Weib und Gesang".

Infolge der hohen Unkosten der guten Konzerte wird um zahlreichen Besuch der nur noch einigen schönen Abende gebeten.

Eintrittskarten sind an der Abendkasse zu haben.

Kommunistische Kindergruppe

Montag 6 Uhr: Funktionärsitzung in der Produktiv, bei G. und im „Volkspart".

Dienstag 3 Uhr: Arbeitsstunde. 6 Uhr: Mandolinenstunde im „Volkspark".

Mittwoch 4 bis 6 Uhr: Versammlung im „Volkspart" und in der Produktiv. 8 Uhr: Leitersitzung im „Volkspart".

*** Union der Hand- und Kopfarbeiter, Ortsgruppe Halle a. S.** Am Dienstag, dem 19. August, abends 7½ Uhr, findet in der „Produktiv-Genossenschaft" eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Da in derselben der Bericht vom Kongreß der RGI. gegeben wird, ist es Pflicht jedes Mitgliedes, bestimmt und pünktlich zu erscheinen. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

*** Ferienschluß im Stadt-Theater.** Mit dem 15. August haben die Vorproben für die neue Spielzeit 1924/1925 begonnen. Als Eröffnungsvorstellung geht am Donnerstag, dem 28. August (Goethes 175. Geburtstag) der 1. Teil des „Faust" in völliger Neu-Inszenierung unter Regie des Intendanten W. Dietrich in Szene. Das System der Dienstag- und Freitag-Stammkarten wird auch in der kommenden Spielzeit beibehalten. Die Abonnenten erhalten wie im Vorjahr eine Preisermäßigung von 25 Prozent und werden in gleicher Weise Opern und Schauspiele erhalten. Die Zeichnungslisten liegen ab Montag, den 18. August, an der Kasse des Stadttheaters von 10 bis 2 Uhr wochentags aus. Den bisherigen Stammkarten-Inhabern bleiben ihre Plätze bis 20. August reserviert.

Oeffentliche Frontkämpfer-Versammlung

für die Ortschaften:

Mötzlich, Tornau, Oppin, Brachstedt, Maschwitz, Zöberitz

Dienstag, den 19. August, abends 8 Uhr in Mötzlich, Gasthof Mane

Arbeiter, erscheint in Massen.

Kreisvorstand „Roter Frontkämpferbund".

Kampf und Not der Proletarierkinder

Schulstreik in Gotha

Hier stehen 700 Arbeiterkinder im Schulstreik gegen die Thüringer Faszisten-Regierung, die die kommunistischen Lehrer abbaut, den Freidenkerunterricht abschaffen und die Prügelstrafe wieder einführen will. „Keine Polizei wird uns in die Schule bringen! Die Regierung will uns in der Schule unterdrücken. Das lassen wir uns nicht gefallen. Wir fordern alle Arbeiterkinder in Deutschland auf, es zu machen wie wir! Es lebe der Schulstreik!" So heißt es in der Entschließung einer Streikversammlung.

Die streikenden Proletenkinder veranstalten Demonstrationen mit dem Gesang der Kampflieder und verlachen die Grünen, die die Kinder auseinanderjagen wollen. Täglich versammeln sich die 700 im Volksgarten; proletarische Lehrer, Jugendgenossen und Eltern unterrichten sie, erzählen und lesen vor und spielen mit ihnen. Aller Zwang, alle Strafmandate gegen unsere wackeren Streikenden sind fruchtlos.

Was proletarische Freidenkerkinder zum Sachverständigengutachten sagen

Ein 13jähriges Schulkind aus Goldbach in Thüringen schreibt:

„Das Sachverständigengutachten haben wir, weil die Kapitalisten ihren Krieg nicht bezahlen wollen. Die Sachverständigen sind die Ausbeuter aus Amerika. Sie wollen in 37 Jahren 147 000 Millionen Rentenmark. Dieses Geld müssen wir mit den Steuern bezahlen. Jeder Mensch, ob es noch ein Säugling oder Greis ist, muß rund 100 Mark indirekte Steuern für Brot, Milch, Salz, Zucker und alles, was er zum Leben braucht, bezahlen. Das Sachverständigengutachten bringt uns Elend und Not. Zum Beispiel: 10- bis 14stündige Arbeitszeit, Abbau der Löhne, Kürzung der Invaliden- und Krankengelder usw. Das Sachverständigengutachten ist nicht der Friede, sondern der neue Krieg, das ist die Auslieferung des Proletariats an das Kapital. Gegen das Sachverständigengutachten, das eine Schmach für uns ist, muß sich das arbeitende Volk wehren. E. E.

Arbeiter, kämpft für den Achtstundentag!

Aus den anderen Briefen:

In Goldbach und Hochheim haben wir proletarische Freidenkerkinder uns über das Sachverständigengutachten ausgesprochen. Denn hat der Vater keine Arbeit, müssen wir hungern. Deshalb müssen wir uns über das Sachverständigengutachten klar werden. Wir haben Merksätze auf ein Blatt Papier geschrieben, die Fragen unterstrichen, daß sie gleich jeder sieht. Das Papier mit den Merksätzen ist unser eigenes Flugblatt. Wir haben es zu Hause an die Tür gehängt, oder in die Küche, also da, wo es jeder, der zu uns kommt, lesen muß. Wir müssen nämlich alle aufklären, alle müssen wissen, was das Sachverständigengutachten will. Die Merksätze will ich Euch gleich sagen:

1. Warum gibt es ein Sachverständigengutachten? Weil die Kapitalisten, die den Krieg gemacht haben, die Kriegsschulden nicht bezahlen wollen.
2. Wer sind die Sachverständigen? Es sind die Ausbeuter aus Amerika.
3. Was wollen sie haben? Sie wollen in 37 Jahren 147 000 Millionen Rentenmark oder Goldmark haben.
4. Wo soll das viele Geld herkommen? Die Proleten müssen zahlen. Jede Person, ob Säugling oder Greis, muß jährlich ungefähr 100 Mark Steuern bezahlen! Für Brot und Butter, Zucker und Salz, Tabak und Bier, Streichhölzer, für alles, was der Mensch zum Leben braucht.
5. Welche Folgen hat das? Hunger und Not, 20 Millionen sollen auf den Friedhof wandern, Massenarbeitslosigkeit auf lange Zeit, Hungerlöhne und 12, 14, 16 Stunden Arbeitszeit. Kürzung, wenn es überhaupt noch was gibt, an Invaliden-, Kranken-, Renten-, Arbeitslosengeldern, der Jugendwohlfahrt und Schulausgaben. Immer muß der Prolet, müssen wir, seine Kinder, darunter leiden.
6. Was sagen die Sachverständigen dazu? Sie lassen uns verhungern, laufen für unser Geld Kriegsschiffe, Flugzeuge, Kanonen, Giftgase, Gewehre! Das nennen sie Frieden!
7. Und was sagst du Prolete? Unser Vater? Kampf dem Sachverständigengutachten! Kampf dem Kapital! Euch Kindergenossen möchte ich wir zum gleichen Tun aufrufen! Tretet ein in die Reihen für die Aufklärung! Sorg' jeder in seinem Ort, überall in Deutschland.

Warum wir Arbeiterkinder nicht unsere Feinde lieben können

„In der Kirche predigt der Pfarrer: Ihr sollt Eure Nächsten lieben wie Euch selbst. Wir Arbeiterkinder können unsere Feinde nicht lieben, weil sie uns ausbeuten, unterdrücken und auf sonst alle mögliche Art zu vernichten suchen. Einige der schlimmsten Feinde sind die Fabrik- und Gutsbesitzer, die Reichswehr, die Hakenkreuzler, überhaupt der ganze Ordnungsbund. Die Besitzer und Beamten wohnen in schönen Häusern und leben gut, während sie die Armen hungern und darben lassen. Die Reichen sitzen auf den Geldsäcken und leben lustig, und die Armen müssen ihnen zusehen. Würden wir diese Ausbeuter lieben, dann würden wir ewig unterdrückt bleiben. Wir bekämpfen sie aber, damit die Ausbeutung einmal aufhört und alle Menschen richtig leben können. Wenn unsere jetzigen Gegner einmal mit uns kämpfen, dann werden wir auch unsere Feinde lieben."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240818-11/fragment/page=0005

zeitschrift „Kunst und Volk" ist ein Teil der Mitglieder erst jetzt in den Besitz des Spielplanes gekommen. Sie werden gebeten, umgehend ihre Karten in der Geschäftsstelle umzutauschen. Neuanmeldungen werden jetzt wieder angenommen.

• **Eine tobsüchtige Frau.** In der Nacht zum 16. August gegen 1 Uhr mußte das Ueberfallkommando in einem Grundstück Alter Markt eingreifen, wo eine Frau infolge Tobsuchtsanfällen Hausbewohner bedrohte. Die Kranke wurde der Heil- und Pflegeanstalt in Mietleben zugeführt.

• **Verkehrsstörung.** Am 15. August gegen 8.50 Uhr abends zerriß in der Magdeburger Straße eine Oberleitung der Straßenbahn. Hierdurch erlitt der Straßenbahnverkehr eine Unterbrechung von zirka 15 Minuten. Personen sind durch das Reißen der der Leitung nicht zu Schaden gekommen.

• **Schlägerei.** Am 15. August gegen 10.05 Uhr abends mußte das Ueberfallkommando zur Schlichtung einer Schlägerei, die in einem Grundstück der Viktor-Scheffel-Straße wegen eines Hundes entstanden war, herbeigerufen werden. Eine männliche und eine weibliche Person waren bei der Schlägerei leicht verletzt worden.

Aus der Provinz

Bekanntmachung der JAH.

Bezugnehmend auf unsere erste Bekanntmachung weisen wir nochmals darauf hin, daß sämtliche im Bezirk Mitteldeutschland von der JAH. zur Erholung untergebrachten Ruhr- und Rheinkinder am Freitag, dem 22. August, in Halle eintreffen müssen. Die Orte, an welchen Ruhr- und Rheinkinder sich befinden, werden aufgefordert, unverzüglich eine Aufstellung über die an ihrem Orte untergebrachten Kinder mit Namen, Geburtstag und Heimatsadresse an den Landesausschuß der JAH., dessen Adresse von nun ab: Halle, am Wasserturm Nr. 2, ist.

Bund der Freunde der JAH.
Landesausschuß für Mitteldeutschland.

Das traurige Los der Sozialrentner

Unter dieser Ueberschrift wird uns von einem Sozialrentner geschrieben:

„Die weitesten Kreise der Oeffentlichkeit wissen nicht, wie ungemein trostlos das Leben für die Sozialrentner aussieht. Ja selbst der Begriff „Sozialrentner" ist vielen Leuten noch fremd. Mit Sozialrentner bezeichnet man Personen, die ganz oder teilweise durch Körperschäden erwerbsunfähig und hilfsbedürftig sind und die auf Grund der sozialen Arbeiter- oder Angestelltenversicherung Ansprüche aus solcher Versicherung haben. Die soziale Versicherung wurde in den beiden letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts zu dem Zwecke geschaffen, den Arbeitern ihre Existenz im Alter, bei Krankheit oder bei Unfallschäden zu sichern. Die Sozialversicherung hat schon vor dem Kriege nur außerordentliche knappe Leistungen gewährt, namentlich die Invalidenrente war sehr gering. **Nach dem Kriege sind die Versicherungsleistungen immer weiter zurückgegangen. Heute befinden sich die Sozialrentner in bitterster Not.** Die im Juli im Reichstage stattgefundene Aussprache über die wirtschaftliche Lage der Sozialrentner hat ganz allgemein anerkannt, daß die Sozialrentner in größter Not leben. Aber trotz Anerkennung der großen Not tragen die Beschlüsse des Reichstages den elenden Zuständen keineswegs Rechnung. Von den über eine Million Unfallrentnern hat man lediglich den Verletzten mit 66⅔ Prozent und mehr Erwerbsbeschränkung eine monatliche Zulage von 15 Mark und, soweit sie der Landwirtschaft oder der Schiffahrt angehören, eine Zulage von 10 Mark monatlich gegeben. Diese Schwerbeschränkten sind nicht einmal 10 Prozent der gesamten Unfallverletzten. Verletzte, die einen Arm oder ein Bein verloren oder schwere innere Verletzungen durch einen Unfall erlitten haben, bekommen häufig weniger als zwei Drittel der Vollrente. Der Vollerwerbsunfähige erhält heute 79 Mark monatliche Rente, der 50prozentig Erwerbsbeschränkte 32 Mark monatlich. Gehört der Verletzte der Landwirtschaft an, so erhält er gar nur 56 Mark resp. 23 Mark monatlich. Eine Witwe erhält monatlich 19,20 Mark und eine Witwe aus der Landwirtschaftlichen Versicherung 16,80 Mark. Mit solchen Renten sollen die Leute sich begnügen, die bei der Arbeit zu Schaden gekommen sind. Solche Renten werden gezahlt, **weil man den Arbeitgebern keine höheren Unfallbeiträge zumuten will.**

Die Arbeiter, die durch Krankheit und Siechtum nicht mehr ein Drittel erwerbsfähig sind, erhalten **Invalidenrente.** Diese betrug bisher monatlich 13 Mark für den Invaliden, 9 Mark für die Witwe und 7,50 Mark für jede Waise. Jetzt hat der Reichstag die Rente um eine ganze Mark erhöht! Solche Beschlüsse sind ein Hohn auf die Not dieser bedauernswerten Arbeitsinvaliden.

Mit 46 Pfennig täglicher Rente speist man die Invaliden ab.

Wie jemand mit einer solchen Rente lebt, das bleibt Geheimnis. Nun besteht seit 1921 eine „ergänzende Fürsorge". Aber seit dem 1. April zahlt das Reich nichts mehr für diese Fürsorge, sondern alle Lasten sind den Städten und den Landkreisen aufgeladen. In vielen Fällen wird überhaupt keine Fürsorge mehr gezahlt, in den meisten Fällen gehen die gemeindlichen Höchstsätze nicht über zehn Mark im Monat hinaus. Diese Fürsorge wird nur nach Prüfung der Bedürftigkeit gewährt. Dabei wird außerordentlich scharf vorgegangen. Wenn in einer Gemeinde 10 Mark Fürsorgehöchstsatz festgesetzt ist, so wird diese Summe nur insoweit gewährt, als das Einkommen einschließlich der 14 Mark Rente den Betrag von 24 Mark nicht übersteigt. Daß mit solchen Einnahmen kaum ein Hundeleben möglich ist, darüber braucht man kein Wort zu verlieren.

Es wird endlich Zeit, daß im Reichstage andere Beschlüsse gefaßt werden, damit die Sozialrentner nicht weiter hungern und elendig zugrunde gehen müssen. Wer sein Leben lang bis zur Erwerbsunfähigkeit gearbeitet, ehrlich sein Brot verdient hat, den darf der Staat nicht hungern und frieren lassen. Es ist soziale Pflicht der Gesellschaft, endlich laut zu bekennen, daß die Regierung und der Reichstag mehr als bisher tun müssen und den Arbeitsopfern wenigstens eine bescheidene Existenz sichergestellt wird."

Diese Niederschrift zeigt den Rentenempfängern, was sie in ihren letzten Lebenstagen von der heutigen herrschenden Klasse zu erwarten haben. **Deshalb ist es eine dringende Notwendigkeit, im** Verein mit der klassenbewußten Arbeiterschaft das jetzige System zu stürzen und eine soziale Gesetzgebung zu schaffen, die den gerechten Anforderungen des Lebens entspricht. Deshalb muß sich jeder Rentenbezieher in der maßgebenden Organisation, dem Internationalen Bund, organisieren.

Unwetterschäden und Hochwasser in Mitteldeutschland

Die Gewitter und Regengüsse der letzten Tage haben auch in Mitteldeutschland schwere Schäden im Gefolge gehabt. Die Elster, sonst nur ein kleines wasserarmes Flüßchen, ist zu einem reißenden Strom geworden und überflutet alles angrenzende Gelände. Dasselbe wird aus dem Gebiete der Weida berichtet. Aus Zeitz, Crossen, Gera, Greiz und anderen Orten, werden schwere Schäden gemeldet. Vielfach stehen ganze Straßenzüge, Wohnungen und auch Betriebe unter Wasser, so daß sogar die Arbeit ruhen mußte. Wie verlautet, ist die Beschädigung des Bahndammes zwischen Zeitz und Gera derart, daß aus Sicherheitsgründen der Bahnverkehr eingestellt werden soll.

Nachstehend einige Meldungen über die Katastrophe:

Zur Hochwasser-Katastrophe im Zeitzer Revier

wird uns noch gemeldet, daß sich selbst die ältesten Leute einer solchen Ausdehnung nicht erinnern können. Was das Hochwasser in allen seinen Einzelheiten für ungeheuren Schaden angerichtet hat, läßt sich bei Niederschreiben dieses Artikels noch gar nicht übersehen. Daß die Firma E. A. Räther ihre Arbeiter am Sonnabend wieder nach Hause schicken mußte, meldeten wir bereits; ebenso erging es verschiedenen anderen Firmen, die von dieser Flut in Mitleidenschaft gezogen wurden. Wie schnell derartige Katastrophen eintreten, beweist, daß Freitag mittag die Elster noch in ihren Ufern war. Aber von Stunde zu Stunde **konnte man beobachten, mit welcher Schnelligkeit die Flut wuchs. Schon gegen Abend umspülte das Wasser die Mauern des „Viktoria-Hotel" und im Laufe der Nacht erreichte die Elster einen Wasserstand, wie er seit vielen Jahren nicht mehr gesehen worden ist. Die nahe der Elster liegenden Gebäude mußten geräumt werden, damit die dort Wohnenden ihr Hab und Gut in Sicherheit bringen konnten. Mehrere anliegende Straßen, als Freiligrath-Straße, ein Teil der Schädes-Straße und ein Teil der Schrebergärten stehen unter Wasser.** Die Früchte sind natürlich vernichtet. Die in der Umgegend von Zeitz liegenden Wasserdörfer sind sämtlich in Mitleidenschaft gezogen. Auch aus den Städten und Ortschaften der oberen Elster werden **ungeheure Katastrophen** gemeldet. Neuerdings meldet man von Greiz wieder eine neue Flut.

Crossen. Eine Anzahl Häuser stehen vollständig unter Wasser. Die Bewohner dieser Häuser haben sich in die oberen Stockwerke retten müssen und sind vom Verkehr vollständig abgeschnitten.

Ostrau. Hier mußten Freitag abend die tiefer gelegenen Häuser infolge des Hochwassers geräumt werden.

Gera. Das fast ununterbrochen andauernde Regenwetter hat die Elster und ihre Zuflüsse zu reißenden Strömen werden lassen. In Langenberg ist der ganze Ortsteil überschwemmt. Im Geraer Stadteil Pforten war der Gesenbach nach der Seite des Eisenbahndammes ausgetreten und überschwemmte die ganze Passage. Infolge Dammbruchs bei Zwötzen ist ein Teil der Stadt unter Wasser gesetzt.

Weida. Die Flußtäler der Auma, Weida und Elster mit ihren Nebenflußläufen wurden heute von Hochwasser heimgesucht und unsere Stadt schwer betroffen. Die Spinnsäle der Julespinnerei, der Pfeiferschen Fabrik und von Waldauer wurden überflutet und außer Betrieb gesetzt, ebenso die Geschäftsräume der Adca, wo die Wogen der Weida die Fenster eindrückten.

Triebes (Reuß). In Triebes steht die Greizer Straße zum größten Teil unter Wasser. In den an der Straße gelegenen Häusern ist das Wasser in die Häuser eingedrungen. Mehrere Häuser sind eingestürzt. Weitere Häuser standen in Gefahr, einzustürzen. Die Ernte ist vollständig vernichtet.

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Stadtverordnetensitzung. Am Mittwoch, den 20. August, nachmittags 6 Uhr, findet im Stadtverordnetensitzungssaal eine öffentliche Stadtverordnetensitzung statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Wertzuwachssteuerordnung. 2. Nachtrag zum Gebührentarif des Schlachthofes. 3. Ersatzwahl zur Hundesteuerkommission. 4. Abbau eines Magistratsmitgliedes. 5. Interpellationen und Anträge.

Naumburg. Die SPD.-Buchdrucker treiben keine Klassenpolitik! Alljährlich wird bei den Buchdruckern ein Johannisfest arrangiert, und es wurde diesmal beschlossen, ein Waldfest zu feiern. Ein Teil der Mitglieder war nicht zufrieden damit und sammelte Unterschriften zur Einberufung einer Hauptversammlung, die sich nochmals mit der Angelegenheit befassen sollte. Es gelang und es wurde eine solche Versammlung anberaumt. Die „Unzufriedenen" beantragten, ein Fest größeren Stils abzuhalten. Dies Verfahren erregte viel böses Blut unter den Buchdruckern, aber die „Unzufriedenen" siegten. Als 2. Vorsitzender fungierte unser Genosse Neubert, der gleichzeitig die Aufgabe hat, das Johannesfest zu leiten. Die Kommission trat zusammen, um die Vorarbeiten zu erledigen. Als Genosse Neubert fragte, was den Kindern geschenkt werden solle, erklärten die anderen zwei Mitglieder der Kommission: **Jedes Kind erhält eine schwarzrotgoldene Fahne!** Unserem Genossen Neubert war sofort klar, wer die Drahtzieher der „Unzufriedenen" waren. Er erklärte sofort, seine Hand dazu nicht zu bieten, präzisierte seinen Standpunkt dahin, daß unter diesem Banner 7000 unserer besten Kämpfer hinter Gefängnis- und Zuchthausmauern schmachten, daß Tausende von Arbeitern infolge der kapitalistischen Diktatur täglich aufs Straßenpflaster fliegen, daß täglich unendliche Kinder und Säuglinge Hungers sterben usw. Außerdem sei eine Reihe Kollegen auch nicht damit einverstanden und sie würden infolgedessen das Fest meiden. Die beiden Kollegen (SPD.) waren einsichtig genug, diese Gründe anzuerkennen, und nahmen Abstand davon. Anderen Tags hatten sich die „schwarzrotgelben" Drahtzieher erkundigt, was denn nun geworden sei und sie erhielten dementsprechenden Bescheid. Acht Tage vor Stattfinden des Festes machten die Drahtzieher **Sammlungen zum Ankauf von schwarzrotgoldenen Fahnen, die man den Kindern schenken wollte.** Darauf erklärte Genosse Neubert, unter diesem Zeichen das Fest nicht zu leiten, und er handelte auch dementsprechend. Das mußte selbstverständlich gerochen werden, denn die SPD.-Buchdrucker sind doch konsequent und treiben keine Klassenpolitik. **Sind sie doch schon aus dem Ortsausschuß des VDGB. ausgetreten, weil dort, nach ihrer Meinung, kommunistische Politik getrieben wird.** Wenn man schwarzrotgelbe Politik treibt, ist das jedenfalls etwas anderes! Nun ist in letzter Zeit der Kassierer der Buchdrucker und gleichzeitige SPD.-Stadtrat Teichmann im „Klassenkampf" ob seines Verhaltens, daß er mit Faszisten in deren Wohnung Geburtstag feiert, heftig kritisiert worden. Das muß erst recht gerochen werden, und man sann auf Rache! Der Vorstand der Buchdrucker kam zusammen und beschloß, **Neubert seines Postens zu entheben, weil er „seine Pflicht nicht getan" habe.** Zu der Versammlung am 13. August hatte man **„Neuwahl des 2. Vorsitzenden"** auf die Tagesordnung gesetzt. Der Vorsitzende, Novembersozialdemokrat Fuhrmann, begründete nach echter SPD.-Manier den Vorstandsantrag. Unser Genosse Neubert nahm darauf das Wort und erklärte u. a., daß er nie und nimmer ein Fest mit derartigem Einschlag leiten würde. Es würde ihnen nicht gelingen, ihn auf eine derartige Hinterlistigkeit zu Falle zu bringen. In seinen weiteren Ausführungen versuchte man den Genossen Neubert niederzubrüllen; er gab aber jeden der Brüller die gebührende Antwort. Man kam zur Abstimmung und Genosse Neubert wurde seines Postens enthoben. Das Werk war vollbracht, und man atmete sichtlich auf. Festgestellt muß werden, daß verschiedene Kollegen dies Scheinmanöver durchschauten und gegen diesen raffinierten Plan stimmten. Nun ist Ruhe eingetreten, der Kommunist Neubert ist erledigt, und man kann wieder ruhig schlafen. Zu bemerken ist noch, daß in einem Zwiegespräch der Kassierer Teichmann unseren Genossen Neubert mit „Plebejer" bezeichnete. Herr Teichmann, stammen Sie nicht auch aus einer armseligen Schusterfamilie? Es ist schon so, wenn man ein SPD.-Stadtrat ist, ist man kein Plebejer mehr, sondern angehender Bourgeois.

Roter Frontkämpfer-Bund

Annaburg

Montag, den 18. August, abends 8 Uhr im „Bürgergarten"

Große öffentliche Frontkämpfer-Versammlung

Zeitz

Dienstag, den 19. August, abends 8 Uhr in der „Reichshalle"

Große öffentliche Frontkämpfer-Versammlung

In beiden Versammlungen spricht der Bezirksvorsitzende Richard Richter über:

„Stahlhelm, Schwarz-Rot-Gold oder Roter Frontkämpfer-Bund?"

Das klassenbewußte Proletariat erscheint in Massen!

Bezirksvorstand RFB.

Verschwörer und Revolutionäre

22] Von Michael Kaniowski

Ich wurde verwundet. Wie durch ein Wunder rettete mich eine Arbeiterfamilie.

Zwei alte Leutchen pflegten mich zwei Monate hindurch in einem dunklen Keller.

Als ich das Bett endlich verlassen konnte und abfahren sollte, meinten sie: sie hatten fünf Söhne gehabt vor der Kommune, jetzt waren ihnen nur die Namen geblieben. Der jüngste war der zwölfjährige Knabe gewesen, den die Versailler abgefangen hatten und der sie gebeten hatte, erst der Mutter die Uhr abgeben zu dürfen und danach zurückgekehrt war, um von ihnen an irgendeiner Mauer erschossen zu werden.

Für die beiden Alten war ich der sechste Bruder ihrer fünf jungen Löwen, wie die Alte sagte, mich hatte ihnen die Kommune zum Sohne gegeben.

Ich verließ Paris und fuhr nach Zürich.

Zu meinem Entsetzen fand ich das Leben so alltäglich sorglos und gleichgültig, als wenn diese Ströme des edelsten Blutes überhaupt nicht vergossen wären. Auf diesem Riesengrab wuchs eine wuchernde, gesunde Mittelmäßigkeit. Wieder wußten die Menschen nichts davon, daß die Zinsen ihrer Aktien und Kapitale nichtbezahltes Elend sind. Sie begnügten sich mit dem Bewußtsein, ein Leben ohne große Verbrechen, ohne blutige Unterdrückung zu führen. Sie beuteten wieder aus, versteigerten, handelten, verurteilten Verbrecher und schufen Gesetze, um dieser entsetzlichen Mittelmäßigkeit eine Fortdauer zu garantieren. Ich sah die liebe europäische Gesellschaft wieder, in der alle Begriffe schon längst ihre wesentliche Bedeutung verloren haben.

Ich traf Nietschajeff. Er war fürchterlich niedergeschlagen, mit Bakunin mußte er eine bittere Auseinandersetzung gehabt haben, denn er erwähnte ihn ungern. Beschäftigungslos war er unerträglich. Er merkte, daß ich innerlich irgend etwas nicht verwinden konnte.

Eines Tages im Café fragte er mich, ob ich mehr die Kommune oder meine Katja bweine. Ich fuhr auf und wir gingen auseinander.

Es verging kaum eine Woche und ich erfuhr von Martynoff, Nietschajeff sei verhaftet und solle ausgeliefert werden.

Der Prozeß begann sofort. Das Gericht hatte zu entscheiden, ob Nietschajeff ein politischer Verbrecher wäre oder ein Kriminalverbrecher. Vergebens versuchten wir eine Menge Beweise aufzubringen für den politischen Charakter seiner Tätigkeit. Schon einige Tage vor dem Termin erfuhren wir, daß das Urteil für ihn ungünstig ausfallen würde.

Es war unglaublich. Dieselben Leute, die sich mit den von ihren Vätern errungenen Freiheiten brüsteten, dieselben liberalen Rechtsanwälte und Redakteure, die den russischen Zarismus als Gefahr für den europäischen Liberalismus bezeichneten, die sich über die Barbarei desselben entsetzten, dieselben Leute lieferten leichtherzig und feige einen Menschen in die Klauen dieser Bestie, ohne daran zu denken, daß sie gemeine Henkerdienste leisteten.

— Du wunderst Dich? — sagte Bolschowski. — Du hast gesehen, wie man eine ganze Stadt gemordet hat, und wunderst Dich, daß man hier einen Menschen opfert? Mein Lieber! Wer um die Rechte des Arbeiters kämpft, bedroht die Existenz aller, die von seiner Arbeit leben. Hier wird um keine Ideee, sondern um die Existenz gekämpft. Die Geistlichkeit, die Verwaltung, diese ganze fürchterliche Maschine der Regierung ist jederzeit bereit, einen Sozialdemokraten zu töten und ganz besonders einen Revolutionär, der sich nicht damit genügt, seine Indeen in Büchern niederzulegen.

Im Einverständnis mit einer Schar Schweizer Arbeiter beschlossen wir, Nietschajeff zu befreien. Die Arbeiter meinten, sie müßten die Schande wieder gutmachen.

Alles war gut verabredet worden.

Am angegebenen Tage war ich vor dem Gerichtsgebäude, um in einer Mietsdroschke hinter dem Wagen herzufahren, in dem man Nietschajeff transportieren sollte. An einer bestimmten Stelle sollten unsere Genossen den Wagen überfallen und Nietschajeff mit Gewalt befreien.

Der Wagen fuhr ab, ich hinterdrein. Mit Schrecken sehe ich, daß wir die verabredete Stelle schon passiert haben. Von unseren Schweizer Genossen war keiner zur Stelle, ich sah nur Bolschowski und zwei oder drei andere Russen. Ich sprang aus der Droschke.

— Was ist denn los?

— Sie sind nicht gekommen.

Wütend ergriff ich einen Stein und warf nach dem Wagen. Die Fensterscheibe zersprang klirrend, es erschien mir ein irgendwie bekanntes Gesicht. „Plus vite, plus vite!" rief eine Stimme.

Wir entfernten uns mit der schmerzlichen Gewißheit, daß es der Rache des Zaren gelungen war, aus unserer Mitte, aus dem freien Europa heraus, einen Menschen zu reißen. An einer anderen Straßenecke trafen wir unsere Schweizer Genossen, die uns wütend anblickten.

— Warum seid Ihr nicht gekommen? fragten sie uns.

— Was heißt das? — fragte Bolschowski erstaunt.

— Genosse Ehrlich hat uns hierher bestellt. Er meinte, die Marschroute wäre verändert worden.

Wir blickten uns an. Der Arbeiter log offenbar nicht.

— Kommt, wir wollen zu Ehrlich gehen.

Dieser Genosse war ein Rechtsanwalt. Sein Sozialismus hatte ihn nicht gehindert, die Mitgift seiner Frau, einer millionenschweren Tochter eines Brauereibesitzers, zu heiraten. Er war ein feiner Herr mit einem sehr gepflegten Kinnbart und Vorstand der hiesigen Ortsgruppe.

Man wollte uns nicht in die Wohnung lassen. Aber mein Freund schob die Frau des Hauses beiseite mit einer überzeugenden Verachtung für den guten Ton und betrat ohne weiteres Ehrlichs Arbeitszimmer.

— Was soll das alles heißen? — fragte er Ehrlich.

Dieser aber schlug gleich den feierlichen Ton an: Ich vergeude nicht das teure Blut des Proletariats.

— Das Proletariat hat Sie nicht gebeten, mein Herr, es nach ihrer eigenen Feigheit einzuschätzen.

— Mein Herr! — sagte Ehrlich.

— Lassen Sie die Faxen! Solche wie Sie, haben in Versailles geweint über die Verirrungen des Volkes, und Thiers hat ihnen mit erlogenen Bekanntmachungen über die Grausamkeiten der Kommune die Augen getrocknet.

— Phrasen! — sagte Ehrlich und zuckte mit den Achseln.

— Ich weiß, was zu tun ist — sagte mein Freund Champion — und Du kommst mit, Du Faxke!

— Wohin? — fragte Ehrlich.

— Auf die Polizeiwache! Wir wollen versuchen, den Gefangenen zu befreien.

— Seid Ihr verrückt geworden — schrie der Volksführer — unsere Politik hat mit solchen Putschen nichts zu tun! Diese Herren aus Rußland . . .

— Diese Herren aus Rußland werden das Recht haben, uns ins Gesicht zu spucken, wie ich Ihnen in die Fresse spucke, wenn wir diese Schande nicht wieder abwaschen.

— Ich schicke nach der Polizei! — brüllte Ehrlich. — Wir besitzen doch eine Verfassung. Achtung vor den Rechten des Bürgers!

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240818-11/fragment/page=0006

Zeitz die zerstückelte Leiche eines Kindes gefunden. Der linke Arm und der Kopf der Leiche konnten bisher noch nicht geborgen werden. Alter und Geschlecht der Leiche müssen noch durch ärztliches Gutachten festgestellt werden. Es scheint nach Lage der Sache zweifellos ein Verbrechen vorzuliegen.

Bitterfeld-Delitzsch

Kreisfunktionäre des Kreises Bitterfeld!

Wir weisen nochmals auf die für morgen, Dienstag, abends 8 Uhr, angesetzte Kreisfunktinonärkonferenz im „Bürgergarten" in Bitterfeld hin. Das Erscheinen aller Funktionäre der einzelnen Ortsgruppen ist unbedingt nötig.

—Die Kreisleitung.

Glesien. Mißstände im Hebammenwesen unseres Amtsbezirks. Seit vorigem Winter waren wir ohne Hebamme, da unsere letzte verstorben war, und alle die, die eine Hebamme in Anspruch nehmen mußten, waren gezwungen, den Arzt, oder wer diesen nicht haben wollte, die Hebamme von Freiroda oder von Zwochau zu holen. Nun ist uns wieder eine Hebamme überwiesen worden, die ihren Wohnsitz in Schkeuditz hat und dort auch verheiratet ist. Ihr wurde nun eine Wohnung in Glesien durch Landrat Raute in Delitzsch zugesprochen, sie hatte sich vorläufig im Hause der alten Hebamme einlogiert, in der Hoffnung, bald eine Wohnung für ihre ganze Familie zu erhalten, denn diese war noch in Schkeuditz. Mehrere Amtsausschußsitzungen haben sich mit der Wohnungsfrage beschäftigt; es wurde beschlossen, beim Kreis vorstellig zu werden, um ein Zweifamilienhaus zu bauen, wo die Schwester, sowie die Hebamme untergebracht werden sollten. Der Kreis hat dann auch seine Zustimmung dazu gegeben. Da nun aber bis heute noch keine Anstalten dazu gemacht werden und auch die Wohnung, wie wir hören, in so großem Umfang, wie sie der Landrat für die Hebamme beschlagnahmt hat, nicht abgegeben wird, hatte es die Hebamme vorgezogen, wieder zurück nach Schkeuditz zu gehen. Ihr ist aber schon von der Merseburger Regierung angekündigt worden, wenn sie die Wohnung nicht bald räumt, muß sie gewärtig sein, auf die Straße gesetzt zu werden. In dieser Zeit ist nun ein Fall passiert, der unbeschreiblich ist. In Zwochau kommt nachts eine Frau nieder. Der Mann geht in Zwochau zur Hebamme, dort teilt man ihm mit, daß diese Ferien hat, die Vertretung habe die Glesiener Hebamme. Dort angekommen, erfährt er, daß diese in Schkeuditz wohnt. Der Mann geht in seiner Angst zum Arzt; dieser ist aber nicht zu Hause. Dann fährt er nach Freiroda, aber die Hebamme dort ist krank. Dann fährt er wieder zurück nach Glesien zum Arzt; der ist aber noch nicht da. Er wartet, bis der Arzt kommt; dieser erklärt, daß er solche Hilfe nicht leisten darf, wenn die Hebamme nicht zugegen ist. Der Mann fährt dann wieder nach Hause zur Schwester; diese darf aber erst zugreifen, wenn das Kind da ist. Glücklicherweise war der Geburtsakt inzwischen so weit gediehen, daß die Schwester doch zugreifen konnte. Solche Fälle können noch mehr passieren. Wir fordern, daß der Amtsvorsteher beim Kreis nun endlich darauf drückt, daß eine Wohnung für die Hebamme geschaffen wird, damit nicht der, der sie braucht, erst nach Schkeuditz muß, das fünf Kilometer von uns entfernt liegt.

Wittenberg-Schweinitz

Wittenberg. Am Dienstag, dem 19. August, abends 7½ Uhr, findet eine **Zusammenkunft sämtlicher kommunistischen Betriebsräte, Zellenleute und Gewerkschaftsfunktionäre** im „Schützenhaus" Kleinwittenberg statt. Partei- und Gewerkschafsbuch gilt als Ausweis.

Kosdorf. Stahlhelmklaps. Der Stahlhelm tritt bekanntlich auch für „Ruhe und Ordnung" im Innern ein. Wie er das tut, beweisen seine Gruppenabende, die fast regelmäßig in Saufabende umschlagen. Der Spektakel ist dann derart, daß selbst Bewohner entfernt liegender Häuser aus dem Schlafe geweckt werden. So geht es gewöhnlich bis 4 Uhr morgens. Wenn der Landarbeiter sich wieder zu neuer Fron anschickt, beendet diese versoffene Meute erst ihr „schweres Nachtwerk". „Hakenkreuz am Stahlhelm" scheint die einzige Weisheit zu sein, die noch in den verkleisterten Gehirnen Platz hat, denn wohl zwanzigmal in einer Nachts wird gegrölt. Doch halt, eine besondere Nummer ließ auch die „Internationale" steigen. Wir raten jedoch dem Klavierspieler, sie sich erst einmal richtig von seinen kleinsten ABC-Schützen lernen zu lassen. „Heil Moskau" wurde dazwischengebrüllt. Jawohl, Ihr Herren, „Heil Moskau!" Dieser Ruf wird Euch noch tausendfach in die Ohren gellen. Aber dann ist's vorbei mit Saufgelagen und „Hakenkreuz am Stahlhelm". Darum haltet Euch lieber jetzt noch dazu und grölt Euer:

Hakenkreuz am Bierfaß,
Schwarzweißroter Schnaps,
Die Brigade Ehrhardt
Hat 'n mächt'gen Klaps!

Oeffentliche Quittung des Bezirkskomitees der „Roten Hilfe"

für die Zeit vom 14. Juli bis 31. Juli 1924.

Zentralkomitee d. R. H.	1500,00	Mk.	Versammlung Artern	8,78	Mk.
Angestellten der P. L.	55,50	„	Versammlung Eisleben	7,33	„
Taube	7,88	„	Kinderfest Kellerberg (Sänger)	8,75	„
Frohe Fahrt	12,49	„	Ortskartell Reideburg	100,00	„
Arbeiter-Sport-Tag Könnern	6,00	„	Versammlung Brachwitz	6,00	„
Liste 17 115	12,00	„	Arb.-Athletenbund, Kreisfest	10,36	„
Liste 17 040	6,50	„	Könnern, KJD.	4,25	„
Liste 17 126	10,50	„	Radfahrerfest Wörmlitz	5,65	„
Liste 17 128	5,50	„	Kinderfest Passendorf	7,03	„
Liste 17 112	1,50	„	Versammlung Dammendorf	2,50	„
Unbekannt	10,00	„	Versammlung Gutenberg	1,15	„
Liste 1773, Liebenwerda	3,35	„	Waldfest d. Allg. Konsumv.	140,00	„
Liste 1774, Liebenwerda	2,20	„	Liste 1849	24,50	„
Kleinkugel	3,10	„	Durch Paul Riegel, Eilenburg	1,00	„
Frauenversamml. Weißenfels	12,00	„	Versammlung Wolfen	10,50	„
Fa. Klinkhardt u. Schreiber	6,20	„	Versammlung Wallhausen	4,00	„
Liste 17 103	6,50	„	Versammlung Muschwitz	8,25	„
Wittenberg, Wohltätigkeitsfest	30,25	„	Versammlung Lauchstaedt	6,50	„
Sammlung in Seeben	7,40	„	Versammlung Rattmannsdorf	12,00	„
Liste 1761, Plessa	8,50	„	Versammlung Stedten	2,80	„
Kötzschen, KPD.	15,00	„	Versammlung Zschortau	6,25	„
Versamml. in Könnern	3,40	„	Versammlung Mücheln	7,05	„
Versammlung in Löbejün	7,37	„	Ortskomitee der RH. Ammendorf	150,00	„
Kinderfest in Tollwitz	22,90	„	Gehaltsabzug B. L.	212,50	„
Liste 1664, Löbejün	2,00	„			
Versammlung Delitzsch	15,10	„			
Ortskartell Freiroda	38,25	„	**Gesamtsumme:**	**2556,44**	**Mk.**

*

Beim Ortskomitee der „Roten Hilfe" in Halle sind in den letzten Tagen folgende Gegenstände für die Gefangenen und deren Angehörigen abgeliefert worden:
P. F. 500 Zigaretten.
Unbekannt 160 Zigaretten.
Tiersch, Halle, eine Schachtel Zigaretten und ein Paket Tabak.
Bezschewsky, ein Brennabor-Kinderwagen
KPD. Gräfenhainichen, 44 Zigaretten und drei Zigarren.
D. Brehna, 400 Zigaretten.
KJ. Gräfenhainichen, vier Zigarren und zwölf Zigaretten.
Wilhelm Diener, 100 Zigaretten und ½ Pfund Tabak.
Distrikt 13, 100 Zigaretten.
Heinold, ein Sportwagen.

Neues vom Tage

Hochwasser im Vogtland

Das Hochwasser im Vogtland und Thüringen ist überall im Zurückgehen begriffen. Der Schaden läßt sich noch nicht übersehen. In Auerbach wurde ein neunjähriger Knabe, der ein Holzstück aus den Fluten holen wollte, fortgeschwemmt. Am Sonnabend forderte das Hochwasser ein zweites Opfer. Die Ehefrau des Schuhmachers Beukert stürzte in den Weidafluß und **wurde fortgerissen. Die Leiche ist noch nicht geborgen.**

Tagung des Reichsausschusses der KJD.

Am 10. und 11. August tagte in Halle der Reichsausschuß der Kommunistischen Jugend, der von 75 Delegierten besucht war. Wir haben bereits mitgeteilt, daß er in der Gewerkschaftsfrage sich einstimmig auf den Boden der Beschlüsse des 5. Weltkongresses und des Zentralausschusses der Partei gestellt hat. Die Bedeutung dieser Tagung macht es notwendig, näher auf ihre Ergebnisse einzugehen.

Die drei Tagesordnungspunkte:

1. Die politische Situation und die Lage der Partei.
2. Bericht vom V. Weltkongreß der Komintern und vom IV. Weltkongreß der KJJ.
3. Die Lage unseres Verbandes und die nächsten Aufgaben,

wurde in einer zweitägigen **Konferenz mit ausgiebiger Debatte** erledigt.

Das Referat zum ersten Punkt hielt der Vertreter der Partei, Genosse Thälmann. Er ging auf die augenblickliche politische Situation in Deutschland ausführlich ein und stellte besonders die Frage der Perspektive, soweit sie sich auf Deutschland bezieht, in den Vordergrund seiner Ausführungen. An dieses Referat schloß sich eine ausgedehnte und von allen Teilnehmern mit großem Interesse verfolgte Debatte, in der im Zusammenhang mit der vom V. Weltkongreß gestellten internationalen Perspektive sich der Reichsausschuß darüber einig wurde, daß er die Wichtigkeit der Verlegung des Schwergewichts der Arbeit der Komintern auf England und Frankreich, das heißt auf die Quellen der demokratisch-pazifistischen Illusionen und auf die Herausbildung kommunistischer Massenparteien in diesen Ländern ausdrücklich anerkannte, aber zugleich stellte er fest, daß speziell für Deutschland durch die bevorstehende Durchführung des Sachverständigengutachtens sich die Verhältnisse wirtschaftlich wie politisch in kürzester Zeit katastrophal zuspitzen müssen. Um so wichtiger ist eben gerade, daß wir, um den Kampf gegen dieses Gutachten international durchzuführen, in den nächst Deutschland meist beteiligten Ländern Frankreich und England wirklich aktionsfähige, einflußreiche kommunistische Massenparteien bilden.

Die Behandlung dieses Punktes nahm den ersten Tag bis zum späten Nachmittag ein, so daß der Reichsausschuß daran anschließend, nur noch das Referat des politischen Sekretärs der Jugend über den V. Kongreß der Komintern und den IV. Weltkongreß der KJJ. entgegennahm. Der Referent ging ausführlich auf den Zustand der einzelnen Sektionen der Komintern und die Bedeutung der politischen und taktischen Beschlüsse für die einzelnen Länder, wie für die gesamte Internationale ein und behandelte besonders die Gewerkschaftsfrage. Im zweiten Teil berichtete er über die konkreten Ergebnisse des IV. Weltkongresses der KJJ. Er stellte vor allem als die Hauptaufgaben für die gesamte Jugend-Internationale und entsprechend für den deutschen Verband die folgenden hin:

1. Die Steigerung der politischen Aktivität der Verbände und vor allem eine engere Anteilnahme an den Problemen der Partei;
2. **die Fortführung der Reorganisation der Verbände auf der Grundlage der Betriebszellen als der Hauptvoraussetzung für die Entwicklung zur führenden Massenorganisation der arbeitenden Jugend;**
3. eine konkretere und mit unserer gesamtpolitischen Arbeit enger als bisher verbundene wirtschaftlich-gewerkschaftliche Arbeit;
4. **die Auswertung der in der vom französischen und deutschen Verband gemeinsam geführten antimilitaristischen Arbeit gemachten Erfahrungen für alle Länder und für die Zersetzungsarbeit in allen Teilen der bürgerlichen bewaffneten Macht.** Die zu diesem Punkt vorgelegte Resolution, die sich unbedingt hinter die Beschlüsse der beiden Weltkongresse stellt und die den bereits zitierten Beschluß in der Gewerkschaftsfrage enthält, wurde, ebenso wie alle anderen vorliegenden Anträge, einstimmig angenommen.

Die Diskussion zu diesem Punkt wurde mit der Diskussion zum dritten Punkt der Tagesordnung: „Die Lage unseres Verbandes und die nächsten Aufgaben" verbunden. **Das Referat zu diesem Punkt hielt der organisatorische Sekretär.**

Er gab einen genauen **Ueberblick über die Lage der Organisation, stellte ungeschminkt die organisatorische Schwäche,** die in vielen Bezirken als Folge der Oktober-Ereignisse und der innerparteilichen Krise noch vorhanden ist, in den Vordergrund. Was **wir vor allem brauchen, ist heute eine politische Aktivisierung unserer Organisation, was,** praktisch eine viel bessere Ausnutzung derenigen politischen Ereignisse bedeutet, die speziell für uns als KJ. heute eine äußerst günstige Agitations-Grundlage geben, wie z. B. die Terrorurteile der Justiz, besonders gegen jugendliche Kommunisten, die Lage der Jungarbeiterschaft, die drohende Einführung des Arbeitsdienstpflichtjahres. Wir müssen unsere gesamte Arbeit und die Tatsache, daß

von den augenblicklich in den Kerkern sitzenden 7000 Kommunisten mindestens 2000 Mitglieder der Kommunistischen Jugend sind,

auch propagandistisch in den Massen der Arbeiterschaft populärer machen.

In den vergangenen Streiks hat die Organisation an Einfluß gewonnen, aber eine wirklich führende, auch von der erwachsenen Arbeiterschaft anerkannte Rolle für die Jungarbeiterschaft hat unsere Organisation **nur beim oberschlesischen Bergarbeiterstreik** spielen können. Die noch vorhandenen Schwächen müssen durch eine energische Durchorganisierung unserer sämtlichen Bezirke schleunigst überwunden werden. Unsere wirtschaftlich-gewerkschaftliche Arbeit muß den Charakter einer Ressortarbeit verlieren und wirklich mit im Zentrum unserer gesamten politischen Arbeit stehen.

Die Bildungs- und Schulungsarbeit unserer Mitglieder und Funktionäre muß sich auf die Grundprinzipien der Lehre Lenins konzentrieren. Auch in diesem Punkt wurde die Betriebszellenarbeit als die wichtigste Grundlage und Voraussetzung für die Entwicklung unserer Organisation besonders betont.

Die anschließende Debatte, in der 22 Redner aus sämtlichen Bezirken sprachen, und die dem Verband manche Anregung und die Auswertung vieler Erfahrungen gebracht hat, wurde besonders interessant durch die eingehenden Darlegungen, die der anwesende Vertreter des französischen Jugendverbandes über die Erfahrungen unserer Genossen in Frankreich in der wirtschaftlich-gewerkschaftlichen Arbeit machte. Eine auf alle einzelnen Gebiete der Arbeit speziell zugeschnittene Resolution zu diesem Punkt wurde ebenfalls einstimmig angenommen.

Ungeheure Begeisterung rief der Vertreter der Exekutive der KJJ. hervor, als er dem Reichsausschuß die Mitteilung machte, daß der Kommunistischen Jugend Deutschlands das Chestum des 1. Regiments der Roten Kavallerie-Division Budjonny übertragen worden sei. Als ersten Gruß an die, durch die Anknüpfung dieser Verbindung in ein besonderes Verhältnis zu uns kommenden, aus den Kämpfen der russischen Revolution berühmt gewordenen Kavallerie-Division überreichte ein Vertreter des Bezirks Niederrhein eine dort von unseren Genossen den Faszisten im Kampfe abgenommene Fahne zur Uebermittlung an die Genossen der Roten Armee.

Mit dem Gesang der Internationale und einem Hoch auf die Weltrevolution wurde die Tagung des Reichsausschusses geschlossen.

*

Der Reichsausschuß hat gezeigt, daß der Jugendverband die schwere Krise der letzten Monate, die noch auf dem Leipziger Reichskongreß deutlich zu spüren war, und deren Folgen noch heute in einzelnen Bezirken zu merken sind, im wesentlichen bereits überwunden hat. Der Geist der Arbeit und des Kampfeswillens, das völlige Fehlen aller fraktionellen Gegensätze auf dieser Tagung sind das beste Zeichen dafür, daß die KJD. in enger Zusammenarbeit mit der Partei sehr ernsthaft daran geht, der KPD. diejenige Reserve zur Seite zu stellen, die sie als bewußte Vorbereiterin der Revolution von ihrer Jugendorganisation verlangen muß.

Auch das Taubertal ist von einer schweren Hochwasser-Katastrophe betroffen worden, durch die fast alle Ortschaften des Tales in Mitleidenschaft gezogen sind. Der Schaden läßt sich noch nicht übersehen.

13000 Opfer der Ueberschwemmung in China

Wie das internationale Hilfskomitee für die Hungersnot in China mitteilt, beträgt die Zahl der bei den jüngsten Ueberschwemmungen umgekommenen Personen, die sich bisher genau feststellen ließ, 13 115. Die Gesamtzahl der Geschädigten in den Provinzen Hunan, Kiangsi, Fukien, Kwantung, Schantung, Honan und Hupe wird auf **15 Millionen Personen** geschätzt.

Schweres Grubenunglück in Japan

50 Bergleute verschüttet

Durch eine **Gasexplosion** in einer **Steinkohlengrube von Iriyama, Provinz Fukuschima, sind 50 Bergleute eingeschlossen worden. Es wird befürchtet, daß sie jämtlich umgekommen sind.** Bisher sind neun Leichen geborgen worden.

Auch in Italien schwere Wetterkatastrophen. Aus ganz Oberitalien laufen Meldungen über die Verheerungen ein, die in den Dörfern und auf den Feldern durch das Unwetter und den wolkenbruchartigen Regen angerichtet worden sind. Die Simplonstrecke ist bei Mottarone schwer beschädigt. Der Lago Maggiore ist dauernd im Steigen.

Arbeiter-Sport

Finnische Arbeiter-Fußballmannschaft in Sowjet-Rußland

Obwohl der finnische Arbeitersportverband der Luzerner Sportinternationale angehört, hat die Rote Sportinternationale der russischen Sektion die Erlaubnis gegeben, mit einem finnischen Arbeiter-Fußballkommando zu spielen. Finnland ist das erste Land, mit welchem Rußland schon vor zwei Jahren in kameradschaftliche Beziehungen auf dem Boden der Arbeiterkultur getreten ist. In diesem Jahre fand das dritte Zusammentreffen mit ihm statt.

Von besonderem Interesse bei diesem Besuche ist, daß nicht nur Fußballspieler, sondern auch Leichtathleten dabei waren. Wie zu erwarten war, erwies sich das Niveau der Finnen als ziemlich hoch. Wertvoll waren die Errungenschaften der Vertreter von rein proletarischen Organisationen im Gegensatz zu den bürgerlichen Sportorganisationen. Es war dies ein prachtvolles Beispiel dafür, was eine verhältnismäßig noch junge Arbeitersportbewegung bei energischer Führung leisten kann.

Mit großer Aufmerksamkeit verfolgten die Russen die Technik der finnischen Gäste. Man fühlte, daß jeder Erfolg derselben mit voller Befriedigung aufgenommen wurde.

Dieses kameradschaftliche Gefühl gegenüber dem Konkurrenten brach sich überall Bahn. Diese internationalen Sportkämpfe sind ein prachtvolles Mittel für die internationale Erziehung. Die wenigen Tage, welche die finnischen Genossen in Rußland waren, zeigten, wie stark in der Sowjetunion das internationale Solidaritätsgefühl entwickelt ist.

Bei dem Spiel am 6. Juli gegen die Mannschaft der Sowjetunion waren die russischen Zuschauer mit aufrichtiger Freude bereit, die finnischen Genossen für ihr tapferes Spiel, das ihnen in der ersten Halbzeit ein Plus von 2 : 0 brachte, mit einem Beifallssturm zu belohnen. Der Beifall war so stark, daß die finnischen Genossen sich über die Ovation wunderten. Sie waren sogar der Auffassung, daß man ihnen einen größeren Beifall gebracht habe, als der russischen Mannschaft, obwohl sie das Spiel mit einem Siege abschloß.

Den größten Eindruck auf die finnischen Arbeiter-Fußballgenossen machte der Empfang in Pavlovo-Posad, wo sie um 5 Uhr morgens von tausenden Arbeitern auf dem Bahnhof mit Musik empfangen wurden. Der Empfang galt nicht nur diesen Fußballspielern, sondern den finnischen Arbeitern, welche unter dem Weißen Terror leiden.

Bei allen Spielen und Kundgebungen war die Atmosphäre in höchstem Grade freundschaftlich. Das zeigte sich auch bei einem Spiele, während dem ein russischer Spieler zufällig hinfiel und sich nicht sofort erheben konnte. Der ihm am nächsten stehende Finne lief sogleich aus dem Spiele, schaute ihm sorgfältig in das Gesicht und streichelte ihm freundschaftlich den Kopf. Wir bemerkten also keine Spur eines feindseligen Verhaltens von Konkurrenten, wie das bei den bürgerlichen Spielen alltäglich, sondern höchste Solidarität und Kameradschaftlichkeit.

Solche internationalen Zusammenkünfte sind in der Tat eine prachtvolle Illustration der proletarischen Solidarität.

Die Resultate der Spiele sind:
Moskau—Finnland am 29. Juni 3 : 0, Orechovo-Suevo—Finnland am 2. Juli 3 : 2, Pavlan Pasad—Finnland am 3. Juli 1 : 4, Sowjetunion—Finnland am 6. Juli 5 : 2, Krasnaja Strelke—Finnland am 9. Juli 0 : 1, Charkow—Finnland am 11. Juli 0 : 2, Ukraine—Finnland am 13. Juli 3 : 0, Leningrad—Finnland noch unbekannt.

Die von dem Obersten Rat für physische Kultur mit Genehmigung der Sportinternationale erwarteten Norweger, Tschechoslowaken, Schweden und eventuell Deutsche werden den Rahmen der internationalen Beziehungen erweitern und der großen Aufgaben der internationalen Erziehung wertvolle Dienste erweisen.

Fichte (Kinderausschuß). Dienstag, den 19. August, ½8 Uhr, Sitzung in der Baracke.

Fichte (Handballer). Dienstag, den 19. August, ½8 Uhr, Spielausschußsitzung in der Baracke. Donnerstag, Handballerversammlung in der Baracke. Erscheinen aller Spieler ist Pflicht. Aufstellung sämtlicher Mannschaften zum Serienspiel.

Verantwortlich: Marianne Gundermann für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Unsere Leser bitten wir, den August-Abonnementsbetrag an die Trägerin nur gegen Ueberreichung der Quittung zu verabfolgen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240818-11/fragment/page=0007
DFG

Aus den Gewerkschaften

Die Parteimitgliedschaft und die Gewerkschaftsfrage

II.

A. E. Haben wir uns im ersten Artikel mit der Frage der Bedeutung der alten Gewerkschaften, bzw. der Unorganisierten bei Wirtschaftskämpfen beschäftigt, so kommen wir heute zu dem wichtigsten und am häufigsten gebrauchten Einwand der opponierenden Genossen. Er lautet:

Es ist ganz unmöglich, die Gewerkschaften zu erobern, denn

1. Die Reformisten pfeifen auf die proletarische Demokratie und werfen die oppositionellen Mitglieder und vor allem deren Führer aus den Verbänden, verteidigen ihre Posten und ihren Apparat mit Hilfe der Staatsgewalt usw., so daß selbst die größte Mehrheit nichts nützt und nicht zum Ziele führt.

2. Selbst wenn wir Kommunisten wollten, die Masse, die von vielen Verrätereien der Reformisten enttäuscht und erbittert ist, will nicht in den Gewerkschaften bleiben und ist vor allem niemals dazu zu bringen, wieder in die Gewerkschaften hineinzugehen und mit ihren Beiträgen die reformistischen Bureaukraten, ihre eigenen Feinde zu erhalten. Daher sind alle Anstrengungen der Kommunisten vergebens und Zeit- und Energieverlust.

Und 3. Selbst wenn wir, wenn auch nicht die Instanzen, so doch die Mehrheit der Mitglieder auf unserer Seite haben, dann sabotiert die Bureaukratie die Beschlüsse, weigert sich, Kampfbeschlüsse durchzuführen, erklärt die Streiks für „wilde", und treibt trotzdem ihre kapitalserhaltende Arbeitsgemeinschaftspolitik.

Bevor wir auf die detaillierten skizzierten Einwände einzeln eingehen, soll erst allgemein die Frage: was heißt, oder **was verstehen wir unter Eroberung der Gewerkschaften** beantwortet werden, denn gerade weil in dieser Hinsicht meistens ganz falsche Vorstellungen bestehen, deshalb ist auch die Enttäuschung eine so große und in ihren Wirkungen für unsere Arbeit eine so störende, wenn es trotz aller Anstrengungen nicht so geht, wie erwartet wurde.

Unter Eroberung der Gewerkschaften können und dürfen wir nicht lediglich verstehen, Eroberung des Apparates, der Leitung, oder konkret, der Branchen-, Bezirks- und Ortsverwaltungen und schließlich des Hauptvorstandes. Bei aller Wichtigkeit der Beherrschung dieser leitenden Instanzen, die von uns gewiß nicht unterschätzt werden darf, ist das doch nicht die Hauptsache, sondern das Wichtigste und Ausschlaggebende ist die **ideologische Beeinflussung und Beherrschung der Masse in allen entscheidenden Situationen.** Ein Beispiel aus der Praxis. Bis vorigen Herbst stieg unser Einfluß in den Berliner Gewerkschaften fortgesetzt, wir hatten in großen und ausschlaggebenden Verbänden die große Mehrheit der Mitglieder hinter uns (DMV. 55 000 gegen 22 000 Stimmen der Amsterdamer). Und trotzdem verstanden es die Reformisten, nicht nur im DMV., sondern auch in der Berliner Gewerkschaftskommission sich am Ruder zu erhalten. Was sahen wir aber trotzdem in den kritischen, hochrevolutionären Oktobertagen vorigen Jahres? Der Druck der unter kommunistischem Einfluß stehenden Masse war so groß, daß in der bekannten Friedrichshainversammlung, zu der nur Ortsverwaltungs-Mitglieder der Berliner freien Gewerkschaften zugelassen waren und die zu zwei Drittel aus **Sozialdemokraten** bestand, mit 150 gegen 50 Stimmen die **kommunistische Generalstreiksresolution angenommen** und alle Vorschläge der Graßmann, Sabbath und Genossen abgelehnt wurden. Ohne hier auf die Fehler unsererseits einzugehen, warum dieser Beschluß in dieser Situation nicht ausgenützt wurde, zeigt dieses Beispiel klassisch, was es im revolutionären Sinne bedeutet, Eroberung der Gewerkschaften. Trotz ihres Apparates standen die reformistischen Führer machtlos da und die Masse folgte unserer Parole und hätte, wenn der Kampf aufgenommen worden wäre, ganz bestimmt unseren Losungen Folge geleistet. Was wir hier im Großen sahen, trifft auch auf hundert von Situationen im Kleinen zu.

Sehen wir die Eroberung der Gewerkschaften so an, dann sind die oben erwähnten Einwände zu einem großen Teil beantwortet.

Doch trotzdem ist es gut, näher darauf einzugehen. Auch hier ist von den Kongressen dasselbe zu sagen, wie bei der im ersten Artikel behandelten Frage. Alle diese Einwände und Gegenmaßnahmen der Reformisten waren den Kongreßdelegierten ebensogut bekannt. Auch Lenin hat sie schon vor 5 und 6 Jahren ganz genau skizziert und trotzdem, oder gerade deshalb kam er und alle Kongresse zu den bekannten Beschlüssen für die Taktik der Eroberung der Gewerkschaften.

Zu 1.: Darf ein Kommunist sich einfach den Gegenmaßnahmen seiner reformistischen Gegner beugen, bzw. ausweichen, indem er sagt, sie werfen uns aus den Verbänden, deshalb ist der von uns angestrebte Weg nicht möglich? Nein, niemals. Er muß umgekehrt daraus ableiten, daß, wenn der Gegner so reagiert, ihm diese kommunistische Taktik unbequem ist, und als Kämpfer und Kommunist muß er sie dann erst recht fortsetzen. Aber wollen wir es offen aussprechen. Gewiß haben die Reformisten verbrecherischerweise unzählige der besten Kämpfer aus den Verbänden geworfen, aber weil viele dieser ausgeschlossenen Genossen dann die Flinte ins Korn warfen und, statt die übrigen Genossen im Verband zu eifrigster Weiterarbeit anzuhalten und sie durch Fraktionsarbeit zu unterstützen, nun plötzlich aus ihrer persönlichen Verärgerung heraus die bisherige Taktik für falsch hielten und offen oder versteckt für „einen eigenen Laden" Stimmung machten, deshalb traten zu den wenigen Ausgeschlossenen noch viel mehr freiwillig Ausgetretene. Sehen wir die Berichte aus allen Bezirken durch, so kommen auf einen Ausgeschlossenen oft hundert freiwillige Ausgetretene. Gewiß spielen dabei auch noch andere Momente eine große Rolle. Aber nur wenn wir unsere Genossen und alle mit uns Sympathisierenden zu der absolut festen und konsequenten Haltung erziehen, daß es bei einem Ausschluß unter **keinen Umständen** ein freiwilliges Austreten anderer gibt, werden wir unsere Linie durchführen können und — auch ans Ziel kommen. Denn die nachfolgenden Genossen, die dann die oppositionellen Sprecher und Führer in der betreffenden Gewerkschaft sein müssen, werden sehr bald unter Anleitung der Ausgeschlossenen den ihnen zu schwer erscheinenden Posten voll, manchmal noch besser als der Vorgänger ausfüllen. Mögen die Reformisten 2, 3 und mehr oppositionelle Führergarnituren ausschließen, bei zähem Willen wird unsere Gruppe dadurch zwar oft gestört, aber eine in sich um so kräftigere und geschultere werden, und letzten Endes unser Einfluß auf die Masse immer mehr wachsen.

Zu 2.: Die Massen wollen nicht. Das ist ein schwerwiegender Einwand. Und doch, bei aller Notwendigkeit der kommunistischen Partei, die Massenstimmung zu erforschen und sie bei ihren Aktionen in Rechnung zu stellen, müssen wir die Masse führen und uns nicht, wie manche Genossen, von ihr hemmungslos führen lassen. Auch hier soll uns das Beispiel Lehrmeister sein. Jeder Genosse, mag er in der Gewerkschaftsfrage nun stehen wo er will, wird heute einsehen, daß die wenn auch verständlichen Massenaustritte im Herbst, Winter und Frühjahr ein Fehler waren und eine Schwächung der revolutionären Front bedeuten. Zeigt nicht dieser Hinweis, daß wir Kommunisten uns noch viel mehr hätten gegen die Massenstimmung wenden müssen? Und heute? Gewiß wird es schwer sein, die Massen von der Notwendigkeit, wieder in die Gewerkschaften einzutreten, zu überzeugen. Aber wenn es eine revolutionäre Notwendigkeit ist und wenn die Kongreßbeschlüsse das aussprechen, dann müssen wir diese Aufgabe trotz aller Schwierigkeiten erfüllen. Und sie wird nicht ganz so schwer sein, wenn wir Kommunisten alle bis zum letzten Mann erst einmal selbst ernstlich und ohne Ausflüchte und Abweichungen diese Linie konsequent verfolgen. Alle Gemeinheiten und Polizeimaßnahmen der Reformisten können uns dann nur in unserm Bestreben bestärken.

Noch zum Schluß ein paar Worte zu 3. Gewiß werden die **Reformisten nach wie vor Kämpfe sabotieren und wir wären Esel, wollten wir von abgefeimten Kapitalsdienern revolutionäre Taten erwarten.** Aber um so besser werden sie bei dieser Verrätertaktik von der Masse erkannt werden und wenn auch nicht sofort, so doch im entscheidenden Augenblick von ihr beseitigt, oder zum mindestens ihnen die Gefolgschaft verweigert werden.

So und nicht anders wird der Prozeß der Eroberung der Gewerkschaften verlaufen. Voraussetzung für die Durchführung unserer Linie und vor allem für den Erfolg ist: Nicht nur Kritisieren unserer Genossen, sondern aktives Arbeiten, und zwar durch Uebernahme und Ausführung aller Funktionen und gewerkschaftlichen Kleinarbeit im Betrieb, Ortsvereinen usw. Erst dann werden wir das volle Vertrauen der Masse gewinnen und in kurzer Zeit nicht nur unsere alte Position in den Gewerkschaften, sondern weit darüber hinaus die absolute Mehrheit in den Verbänden, wie im Proletariat überhaupt erreichen.

„In Hamburg da bin ich gewesen . . . ."

oder: Die Generalversammlung der Buchdrucker

Wer noch den naiven Gedanken hat, eine Gewerkschafts-Generalversammlung sei eine ernste Arbeitskonferenz, in der man sich bemüht, die Fehler der verflossenen Periode herauszuarbeiten und auf Grund dieser Erkenntnis und im Interesse der Gewerkschaftsmitglieder sich für die kommende Zeit grundsätzlich und taktisch einzustellen, auf den muß das Programm zur Generalversammlung der Buchdrucker wie ein Hohn wirken. Es ist Tradition, daß der bewirtende Gau das Programm ausarbeitet, und weil er sich nicht lumpen läßt, soviel an Besichtigungen, Vergnügen und Belustigungen vorschlägt, daß die Generalversammlung über eine Woche dauert und für ernste Arbeit keine Zeit und Stimmung übrig bleiben. Denn hört und staunt:

Generalversammlung 1924, 31. August bis [illegible]. September

Sonntag, den 31. August. Morgens 9 Uhr: Spaziergang durch die Alt- und Neustadt. — 11 Uhr: Besteigung des Turmes der Michaeliskirche. — 12 Uhr: Besichtigung der Drucksachen-Ausstellung im Museum für Kunst und Gewerbe. — Nachmittags 2 Uhr: Mittagessen im Gewerkschaftshaus. — 3 Uhr: Fahrt mit Alsterdampfer vom Jungfernstieg nach Winterhude. Spaziergang durch den Stadtpark nach dem Hauptrestaurant. 5½ Uhr: Fahrt mit der Hochbahn nach dem Gewerkschaftshaus. — 6½ Uhr: Begrüßungsabend. — 10 Uhr: ad libitum.

Montag, den 1. September, 8 Uhr: Beginn der Verhandlungen. — 11½ bis 12 Uhr: Frühstückspause. — 4 Uhr: Mittagessen. — 5 Uhr: Versammlung für das gesamte graphische Gewerbe im großen Saal des Gewerkschaftshauses; Ansprachen der ausländischen Delegierten. — 7 Uhr: Hansa-Theater.

Dienstag, den 2. September. 8½ Uhr: Hafenrundfahrt. 9½ Uhr: Schiffsbesichtigung. — 11½ bis 12 Uhr: Frühstückspause. — 12 bis 4 Uhr: Verhandlung. — 4 Uhr: Mittagessen. — 5 bis 8 Uhr: Weiterverhandlung. — Später ad libitum **in den Gefilden St. Paulis oder sonstwo.**

Mittwoch, den 3. September. 8 Uhr: Beginn der Verhandlungen. — 11½ bis 12 Uhr: Frühstückspause. — 4 Uhr: Mittagessen. — Abends keine besondere Veranstaltung, eventl. findet Abendsitzung statt. Falls nicht, käme ein Ausflug an die Elbchaussee in Betracht.

Donnerstag, den 4. September. 8½ bis 11 Uhr: Besichtigung der „Produktion". — 11½ bis 12 Uhr: Frühstück im Gewerkschaftshaus. — 12 Uhr: Beginn der Verhandlungen. — 4 Uhr: Mittagessen. — 5 Uhr: Weiterverhandlungen. — 8 Uhr: Probieren der „Produktions"-Erzeugnisse.

Freitag, den 5. September. 8 Uhr: Beginn der Verhandlungen. — 11½ bis 12 Uhr: Frühstückspause. — 3 Uhr: Mittagessen. — 4 Uhr: Fahrt nach Stellingen. Besichtigung Hagenbecks Tierpark. Später ad libitum **in den Gefilden St. Paulis oder sonstwo.**

Sonnabend, den 6. September. 8 Uhr: Beginn der Verhandlungen. — 11½ bis 12 Uhr: Frühstückspause. — 4 Uhr: Mittagessen. — Abends keine besondere Veranstaltung, eventl. findet Abendsitzung statt.

Sonntag, den 7. September. 8 Uhr: Fahrt nach Helgoland.

Montag, den 8. September: (eventl.) Katerbummel.

Wie hier mit den Geldern der Mitglieder geast wird, übersteigt alles. Um solches Vergnügungspensum zu absolvieren, gebraucht man natürlich über eine Woche — und auch für die überflüssigen Tage werden die Lohneinbuße und die Diäten gezahlt, gar nicht zu reden von den Kosten, die der bewirtende Gau mit den Geldern seiner Mitglieder bestreitet, um sich „nicht lumpen zu lassen" und um den Delegierten eine „angenehme Erinnerung an Hamburg" zu bereiten. Deshalb auch am Dienstag und Freitag ad libitum **in St. Paulis Gefilden.** Hoffentlich hat diese „angenehme Erinnerung" nicht ein unangenehmes Nachspiel und ist mit dem Katerbummel am Montag, dem 8. September, erledigt. Und für so etwas zahlt der Buchdrucker seinem „Verein" dann die höchsten Beiträge, und einige sind noch stolz darauf.

Der Zentralvorstand wird wohl St. Pauli und den Katerbummel monieren oder streichen und dann fürsorglich zureden: Seid gescheid, so etwas schreibt man nicht, so etwas tut man nur. Weshalb die Buchdruckerfrauen schon vorher in Aufregung bringen?

Das Theater liegt aber im Interesse der Buchdruckerbureaukratie. Je besser die Laune, je fröhlicher die Stimmung der Delegierten und deren Motto: Leben und leben lassen, wird, umso eher findet der Verbandsvorstand für seinen Arbeiterverrat, für seine Demagogie, für seine Diktatur hinsichtlich der Lohnabkommen, der Schiedssprüche, der neunten Arbeitsstunde und sein sonstiges Sündenregister ein verstehendes Verzeihen.

In solcher Weise versucht die Bureaukratie planmäßig, die Abrechnung zu ihren Gunsten umzuschieben. Mögen sich die Delegierten dessen bewußt sein und nicht ihr Erstgeburtsrecht der Kritik für ein solches Linsengericht verschachern!

Aus den Betrieben und Werkstätten

Die Firma Gottfried Lindner-Ammendorf am Pranger

Wir haben vor kurzem in einem Bericht von der Firma Lindner über den „schlagfertigen" Betriebsleiter Herrn Mende berichtet. Er ist aber beileibe keine Einzelerscheinung in dieser Weltfirma. Die Vorkommnisse in den letzten Wochen reihen sich den Heldentaten des Herrn Mende würdig an.

Der Meister Tautz hat den im Kesselhaus beschäftigten Arbeitern besonders viel Anlaß gegeben zur Beschwerde. Wegen seines Auftretens haben die betreffenden Kollegen schon vor zwei Jahren verlangt, Tautz zu entlassen. Die Direktion lehnte ab und man einigte sich, daß bei nochmaligen Beschwerden Tautz entlassen würde. Dann ist die Belegschaft von dem Regen in die Traufe gekommen. Die Kollegen wurden durch Tautz schlimmer wie bisher schikaniert und einer nach dem anderen flog auf das Straßenpflaster. Die gutorganisierten Leute wurden durch Stahlhelmgesindel ersetzt. Aber auch an diesen hat dann Tautz seine Wut ausgelassen. Das ging sogar den Stahlhelmleuten zu weit und sie verlangten die Entlassung von Tautz. Nach einigen Tagen erklärte die Direktion: Tautz bleibt, weil er ein tüchtiger Meister ist! Aus dieser Haltung ziehen auch hoffentlich die Stahlhelmleute die Lehre, daß man bei Speichelleckerei nicht weiterkommt.

Am vergangenen Sonnabend hat sich eine **Messerstecherei zwischen Stahlhelmleuten abgespielt.** Der Werksinspektor Hübner, der seine Familie das zweitemal im Stich gelassen hat, war Stahlhelmorganisator und pumpte bei seiner Arbeit fast sämtliche Angestellten an. Er trinkt gern einen über den Durst und ist dann betrunken. Diese Stahlhelmgröße ist nun von der Werksleitung dazu ausersehen, die Belegschaft beim Verlassen des Werkes zu untersuchen. Am Sonnabend hat diese Stahlhelmgröße seinen Mitarbeiter Große nach kurzem Wortwechsel in den „Allerwertesten" gestochen, so daß der Arzt hinzugezogen werden mußte.

Böse Zungen behaupten nun, daß dieser Messerheld einfach nicht entlassen werden kann. Soviel steht fest, daß er gemeinsam mit dem Direktor Westermann beten geht und dabei ihm seine Sünden gewiß vergeben werden. Der Betriebsrat müßte sich hier derb ins Zeug legen, damit solche Elemente von der Arbeiterschaft ferngehalten werden.

Schuhfabrik Sonntag & Franke, Delitzsch

Seit reichlich vier Monaten schwebt nun bei dieser Firma die Wahl des Betriebsrats. Leider herrscht in der Belegschaft, dank der reformistischen Arbeit der Gewerkschaftsbonzen, eine derartige Flauheit, daß bis jetzt eine Neuwahl noch nicht möglich war. Die alten Betriebsratsmitglieder weigern sich trotz Drängens der Opposition, eine Belegschaftsversammlung einzuberufen, und wird von anderer Seite versucht, eine Versammlung einzuberufen, dann wird scharf dagegen gearbeitet und durch eifrige Sabotage die Versammlung beschlußunfähig gemacht. Es ist nun Sache der Belegschaft, endlich ihre Flauheit abzuwerfen. Kollegen der Schuhfabrik! Wacht endlich auf aus Eurem Schlaf und denkt endlich daran, daß auch Ihr Proleten seid, die ausgebeutet werden. Denkt daran, daß auf Kosten Eurer niedrigen Lebenshaltung die Unternehmer ein Schlemmerleben führen können. Denkt daran, daß auch Eure Arbeitskraft einmal versiegt, und daß auch Ihr dann erbarmungslos auf die Straße fliegt. Wir Kommunisten kämpfen schon jahrelang gegen das Ausbeutertum und vor allen Dingen auch gegen die reformistische Gewerkschaftsbureaukratie und Sozialdemokraten; denn diese waren es, welche 1914 die Arbeiterschaft mit in den Krieg hetzten und heute noch verraten. Deshalb wacht auf und tretet ein in die Kampfreihen des Proletariats.

Bist Du schon Mitglied der „Roten Hilfe"? Wenn nicht, dann melde Dich sofort beim Vertreter der „Roten Hilfe" in Deinem Betrieb!

Schokoladenfabrik Böhme, Delitzsch

Die Schokoladenfabrik in Delitzsch scheint auch unter der allgemeinen, vom Kapital angezettelten Kreditnot zu leiden. Die Belegschaft besteht zum größten Teil aus Frauen und Mädchen. Im Juli schien sich der Betrieb nicht mehr zu rentieren und man warf einfach eine Anzahl Arbeiterinnen auf die Straße. Sonderbarerweise waren natürlich die Mitglieder und Sympathisierenden der KJ. die ersten, welche mit dem Straßenpflaster Bekanntschaft machten. Absicht ist dieses Vorgehen gegen den revolutionären Teil des Proletariats bestimmt nicht; denn die Firma ist gerecht, da sie ja noch sämtliche verheirateten Frauen, deren Männer auch Arbeit haben, weiter beschäftigt, und noch dazu täglich neun Stunden. Man hat sogar an Stelle der aufs Pflaster geworfenen Mädchen weitere verheiratete Frauen eingestellt. Daß diese Firma der Arbeiterschaft anständig entgegenkommt, ersieht man aus dem wunderbaren Ausspruch des Chefs; er sollte nämlich auf Grund der Belegschaftszahl einen Schwerkriegsbeschädigten einstellen. Er lehnte dies mit den Worten ab: **„Lieber schmeiße ich 50 Weiber auf die Straße!"** Es wäre wohl Sache der Demobilmachungsbehörde, hier einmal gründlich nachzuforschen, ob alle gesetzlichen Vorbedingungen zu Arbeiterentlassungen getroffen sind.

Aus der Milka (Nährmittelfabrik Pratau)

Schon einmal beleuchteten wir an dieser Stelle die Willkür der Milka-Direktoren. Es vergeht kein Tag, an dem die erfindungsreiche Direktion nicht eine neue Schikane herausbringt. Als vor Wochen der Betriebsrat Tiehle (welcher in einer öffentlichen Versammlung, gewiß um den anwesenden Milka-Direktoren zu gefallen, erklärte: „Kommunismus ist eine sehr schöne Idee, aber Ihr in Pratau seid ja keine Kommunisten, Ihr seid Umstürzler, Hetzer und Aufwiegler!) seine Zustimmung zum 12-Stundentag gab, da gab ihm die Direktion die mündliche Versicherung, nicht wieder verkürzt arbeiten zu lassen. Dafür warf sie einen Teil ihrer Belegschaft auf die Straße, um sie einige Tage später wieder einzustellen. Rinn in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln! Das war die Losung in den letzten Monaten. Ist es doch vorgekommen, daß seit Mai Arbeiterinnen dreimal eingestellt und dreimal entlassen wurden. Was hat man nun durch die Entlassungen erreicht? **Man hat sich alle unliebsamen Elemente vom Halse geschafft** und hat Arbeiter, welche bis zu zwölf Jahre treue Dienste geleistet haben, ihr Urlaubsrecht geraubt, indem man sie einfach entließ und einige Tage später wieder einstellte. Von den Schlossern, welche unter Kommando der Firma Gresse stehen, warf man 35 auf die Straße, um acht Tage später eine Lohnkürzung vornehmen zu können. **Es wird Zeit, daß die Arbeiterschaft mit solcher Unternehmerwillkür endlich aufräumt.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240818-11/fragment/page=0008
DFG